EWN
Entsorgungswerk für Nuklearanlagen

VERGABEUNTERLAGEN

2026001432042

Ersatz sowie Wartung der Abluftanlage der Zerlegekabine der ZAW

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU) (VgV)

Teilnahmewettbewerb

AUFTRAGGEBER
EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH
Latzower Straße 1, 17509 Rubenow , Deutschland

02.10.2026

Inhaltsverzeichnis

Teilnahmeunterlagen 1

Veröffentlichungstexte Teilnahmewettbewerb 1

..... 3

Verfahrensablauf + Leistungskriterien 3

Verfahrensablauf 3

Leistungskriterien 5

Vertrag Ersatz Abluftanlage 8

Zusätzliche Vertragsbedingungen_Wartung 23

Allgemeine Einkaufsbedingungen (Stand Dezember 2024) 25

Datenschutzhinweise 29

Hinweise zum Vergabeverfahren 31

Besondere Vertragsbedingungen nach dem Bundestariftreuegesetz 32

Ordnung für Tätigkeiten von Fremdfirmen.pdf 34

Eignungskriterien 74

Anlagen 79

VERFAHRENSINFORMATIONEN
Teilnahmewettbewerb

Verfahren: 2026001432042 - Ersatz sowie Wartung der Abluftanlage der Zerlegekabine der ZAW

INFORMATIONEN ZUM TEILNAHMEWETTBEWERB

Es ist beabsichtigt, zu einem Teilnahmewettbewerb aufzurufen. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	2026001432042
Maßnahme	
Maßnahme Nummer	
Auftragsbezeichnung	Ersatz sowie Wartung der Abluftanlage der Zerlegekabine der ZAW
Auftragsbeschreibung	Ersatz sowie Wartung der Abluftanlage der Zerlegekabine der Zentralen Aktiven Werkstatt (ZAW)

VERFAHREN

Auftraggeber	EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	Öffentlicher Auftraggeber
Liefer-/Ausführungsort	17509 Rubenow
Leistungsart	Lieferleistung
Vergabeart	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU) (VgV)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein
Art der losweisen Vergabe	
Höchstzahl der Lose pro Angebot	
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis
Klassifizierungen	

Code	Bezeichnung
42512300-1	Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlagen

ANTRÄGE

Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	https://portal.deutsche-evergabe.de
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Vertragsart	Bestellung

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	

ANTRÄGE UND BEWERTUNG

Teilnahmefrist	02.11.2026 23:59:00

Frist Bewerberfragen	26.10.2026 23:59

AUFTRAGSDAUER

Beginn	
Ende	
Anmerkungen	Die Realisierung erfolgt zum frühestmöglichen Termin ab Zuschlagserteilung.

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter
https://portal.deutsche-evergabe.de
mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen.
Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BEWERBERFRAGEN

Bewerberfragen müssen bis spätestens 26.10.2026 23:59 Uhr eingegangen sein.
Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.
Bewerberfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden.. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Informationen zum Ablauf des Vergabeverfahrens
Verhandlungsverfahren mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb (EU) nach VgV
EWN Projekt-Nr.: 2026001432042
Maßnahme: Ersatz sowie Wartung der Abluftanlage der Zerlegekabine der Zentralen Aktiven Werkstatt (ZAW)

1. Teilnahmewettbewerb:
Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs erfolgt anhand der Eignungskriterien die Bieterauswahl. Es werden alle geeigneten Bewerber für das weitere Verfahren zugelassen und zur Angebotsabgabe aufgefordert.

2. Angebotsphase:
Die Angebotsphase erfolgt in zwei Stufen.
In der ersten Stufe wird der Bieter aufgefordert, ein indikatives Angebot unter Berücksichtigung der Vergabeunterlagen inkl. der hier anliegenden Leistungskritierien (siehe Anlage) abzugeben.

Der Bieter hat mit dem indikativen Angebot alle Lieferungen und Leistungen in einem Konzept detailliert in Form von Text, Tabellen und Grafiken zu beschreiben.

Vor Angebotsabgabe hat der Bieter zwingend eine Vor-Ort-Besichtigung zur Kenntnisnahme der örtlichen Gegebenheiten durchzuführen. Bei Nichtvornahme führt dies zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren. Sie ist 2 Tage im Voraus anzumelden und kann bis spätestens 1 Woche vor Ende der Angebotsfrist durchgeführt werden. Für die notwendige Terminvereinbarung wendet sich der Bieter bitte über die Bieterkommunikation an die Projektverantwortung. Bieterfragen, die sich aus der Vor-Ort-Besichtigung ergeben, dürfen ausschließlich schriftlich im Anschluss an die Besichtigung gestellt werden.

Nach Übergabe des indikativen Angebotes hat der Bieter sein Konzept in einer Präsentation im Rahmen eines Verhandlungsgesprächs vorzustellen. Die Einladung unter konkreter Terminbestimmung erfolgt gegenüber den Bietern durch gesondertes Schreiben.

Im Anschluss an die Präsentation werden Fragen von Seiten des AG zu den eingereichten fachlichen Unterlagen und der Präsentation gestellt und diskutiert. Gegebenenfalls wird der AG seine Fragen zum eingereichten Konzept vor der Präsentation in einem Fragenkatalog übermitteln.

Bei Bedarf wird ebenso über einzelne Bedingungen des den Vergabeunterlagen beiliegenden Vertrages auf Grundlage von vorab zusammen mit dem Angebot zu übermittelnder schriftlicher Verhandlungsvorschläge verhandelt. Die v. g. Verhandlungsvorschläge sind schriftlich tabellarisch in folgender Form zu übermitteln:

Vertrags-paragraph	Vertrags-text	Alternativer Textvorschlag	Begründung, warum

Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Verhandlungsrunden durchzuführen.

Auf Grundlage der Verhandlungsergebnisse wird der Auftraggeber die Bieter zur Abgabe letztverbindlicher Angebote auffordern.

Anhand des in den Vergabeunterlagen festgelegten Zuschlagskriteriums (100% Preis) wird unter den letztverbindlichen Angeboten die Zuschlagsentscheidung getroffen.

3. voraussichtlicher zeitlicher Ablauf des Vergabeverfahrens:

3.1 Teilnahmewettbewerb

Frist für Fragen der Antragsteller:	entsprechend den Vergabeunterlagen
Frist zur Einreichung des Teilnahmeantrages:	entsprechend den Vergabeunterlagen

3.2 Verhandlungsrunde (voraussichtliche Termine/Fristen):

Aufforderung zur Abgabe eines indikativen Angebotes:	4 KW nach Frist für Teilnahmeantrag
Frist für Bieterfragen:	10 Kalendertage vor Angebotsfrist
Angebotsfrist:	6 KW nach Aufforderung zur Angebotsabgabe
Übergabe eines EWN-Fragenkataloges für die Bietergespräche:	2 KW nach Angebotsfrist
Übergabe der Präsentationsunterlagen sowie der Beantwortung des EWN-Fragenkataloges durch den Bieter an die EWN	4 KW nach Angebotsfrist
Präsentation/Bietergespräche:	5 KW nach Angebotsfrist

3.3 Finale Phase (voraussichtliche Termine/Fristen für den Fall der Auftragsvergabe ohne weitere Verhandlungen:):

Aufforderung zur Abgabe des finalen Angebotes:	2 KW nach Präsentation/Bietergespräche
Angebotsfrist:	5 KW nach Aufforderung zur Angebotsabgabe
Zuschlagsentscheidung bis:	20 Kalendertage nach Angebotsfrist
Zuschlagserteilung/Bindefrist bis:	30 Kalendertage nach Angebotsfrist

Die Fristen der Kapitel 3.2 und 3.3 stellen voraussichtliche Fristen zur groben Orientierung dar und stehen unter Änderungsvorbehalt.

Anlage:
Leistungskriterien

KRITERIENKATALOG
Ausschreibung

Verfahren: 2026001432042 - Ersatz sowie Wartung der Abluftanlage der Zerlegekabine der ZAW

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Beschreibung Lieferungen/Leistungen in Konzept

Ausschlusskriterium

Der Bieter hat mit dem Angebot alle Lieferungen und Leistungen in einem Konzept detailliert in Form von Text, Tabellen und Grafiken zu beschreiben.

Dieses Feld wird durch die Vergabestelle auf der Grundlage der eingereichten Unterlagen ausgefüllt!

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

2 Zusicherung Ersatzteilbeschaffung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/Wir sichern die Ersatzteilbeschaffung für die eingesetzten Systemkomponenten für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren nach Abnahme der Handschuhstrahlboxen zu.

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

3 Antrittszeit bei Störmeldungen [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/wir bestätige(n) mindestens für den Gewährleistungszeitraum eine garantierte Antrittszeit eines Servicetechnikers bei Störung von nicht mehr als 72 Stunden (Zeit zwischen Eingang der Störmeldung und Eintreffen des Technikers vor Ort).

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

4 Angaben zum Vertrag

Ausschlusskriterium

Bitte übergeben Sie mit dem Angebot einen Verhandlungsvorschlag zu folgenden Punkten des Vertrages "Ersatz der Abluftanlage der Zerlegekabine der ZAW":

-zur Preisgleitklausel von § 6 Absatz (3): die Anteile a, b und c; zutreffender Tarifvertrag; repräsentativste Vergütungsgruppe sowie repräsentativster Materialindex

-zu § 7 Absatz (2): prozentuale Werte der Zahlungsraten

Darüber hinaus übergeben Sie bitte bei Bedarf mit dem Angebot schriftliche Verhandlungsvorschläge zu einzelnen Bedingungen des den Vergabeunterlagen beiliegenden Vertrages "Ersatz der Abluftanlage der Zerlegekabine der ZAW" sowie der "Zusätzliche Vertragsbedingungen
über die Wartung der Abluftanlage der Zerlegekabine der ZAW".
Die v. g. Verhandlungsvorschläge sind schriftlich tabellarisch in der im anliegenden Dokument "Verfahrensablauf und Leistungskriterien" vorgegeben Form zu übermitteln.

Dieses Feld wird durch die Vergabestelle auf der Grundlage der eingereichten Unterlagen ausgefüllt!

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

5 Verschleiß- und Ersatzteilliste

Ausschlusskriterium

Der Bieter hat mit dem Angebot eine Verschleiß- und Ersatzteilliste sowie einen Vorschlag zur Art der Ersatzteilversorgung mitzuliefern (inkl. einer Bepreisung der empfohlenen Ersatzteile mit ggf. notwendigem Zubehör, Verschleißteile mit erwarteter Standzeit).

Die vorgenannten Preislisten finden keine Berücksichtigung in den Zuschlagskriterien und dienen reinen Informationszwecken.

Dieses Feld wird durch die Vergabestelle auf der Grundlage der eingereichten Unterlagen ausgefüllt!

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

6 Nullablaufplan

Ausschlusskriterium

Bitte übergeben Sie mit dem Angebot einen Nullablaufplan zu den in § 5 des anliegenden Vertrages "über den Ersatz der Abluftanlage der Zerlegekabine der ZAW" aufgeführten Meilensteinen und mit den jeweils kürzest möglichen Fristen ab.

Dabei sind die folgenden Prüf- und Bearbeitungszeiten zu berücksichtigen:
- Prüf- und Bearbeitungszeit der VPU der EWN mit anschließender Einreichung bei den Behörden/Sachverständigen: 6 Kalenderwochen
- Prüf- und Bearbeitungszeit der VPU der Behörden/Sachverständigen mit anschließender Fertigungsfreigabe: 15 Kalenderwochen
- Hinweis: sollte die VPU in Teilen eingereicht werden, so gelten die v. g. Zeiten jeweils für VPU-Teil 1 sowie für VPU-Teile 2/3
- Fertigung beginnt nach Freigabe der VPU-Teil 1 durch EWN und Behörde, unabhängig von Prüfung der VPU-Teile 2/3
- 1 Revisionslauf für die VPU-Teil 1 = 7 Wochen (Bearbeitung AN = 4 Wochen, Prüfung AG= 3 Wochen) (nach EWN-Prüfung VPU-Teil 1 einordnern)
- 1 Revisionslauf für die VPU-Teile 2/3 = 7 Wochen (Bearbeitung AN = 4 Wochen, Prüfung AG= 3 Wochen) (nach EWN-Prüfung VPU-Teile 2/3 einordnen)

Hinweis: Während im Nullablaufplan nur 2 Revisionsläufe (für VPU-Teil 1 und für VPU-Teile 2+3) vorgesehen sind, sind laut Vertrag im Preis 3 Revisionsläufe enthalten (jeweils 1 Revisionslauf für VPU -Teil 1 und VPU-Teil 2 und VPU-Teil 3).

Der vorgenannte Nullablaufplan ist ohne Berücksichtigung der Dauer der Antragsverfahren der Zuverlässigkeitsüberprüfung nach §12b Atomgesetz sowie der Genehmigung nach § 25 StrlSchG zu erstellen.

Dieses Feld wird durch die Vergabestelle auf der Grundlage der eingereichten Unterlagen ausgefüllt!

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

7 Unterlagen bei Vertragsrealisierung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Bieter bestätigt, dass er im Falle der Zuschlagserteilung die folgenden auf Seite 1 der Aufgabenstellung/Leistungsbeschreibung aufgeführten Unterlagen und Dokumente im Rahmen der Vertragserfüllung an den Auftraggeber liefern wird:

Bedienungsanleitung, technische Datenblätter, Wartungsanleitung, Wartungsbuch, Stromlaufpläne, Übersichtszeichnung, Ersatz- und Verschleißteillisten, Montageanleitung, EG-Konformitätserklärungen.
Nach Richtlinie U6.2 RL01 (Arbeitsanweisung EWN intern)

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

8 Nachunternehmerleistungen und Eignungsleihe [Mussangabe]

Ist der Einsatz von Nachunternehmern zur Durchführung der vorgesehenen Leistung vorgesehen?

Wenn zutreffend: Bitte fügen Sei eine Liste mit allen vorgesehenen Nachunternehmern (NU) und deren Leistungen bei.

Bei Einsatz von Nachunternehmern zur Eignungsleihe gemäß §47 VgV hat der Bieter dem Angebot die Verpflichtungserklärung über die Bereitstellung der für den Auftrag erforderlichen Mittel beizufügen.

Nach Zuschlagserteilung ist eine Abweichung von den vorgelegten NU nur zulässig, sofern der Auftraggeber hierzu vorher ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat.

[ ] *Keine Angabe* (0)
[ ] Ja (0)
[ ] Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

9 Vor-Ort-Besichtigung (obligatorisch)

Ausschlusskriterium

Der Bieter hat eine Vor-Ort-Besichtigung durchgeführt.

Eine Vor-Ort-Besichtigung zur Kenntnisnahme der örtlichen Gegebenheiten ist zwingend vor Angebotsabgabe durchzuführen. Bei Nichtvornahme führt dies zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren. Sie ist 2 Tage im Voraus anzumelden und kann bis spätestens 1 Woche vor Ende der Angebotsfrist durchgeführt werden.

Für die notwendige Terminvereinbarung wenden Sie sich bitte über die Bieterkommunikation an die Projektverantwortung. Bieterfragen, die sich aus der Vor-Ort-Besichtigung ergeben, dürfen ausschließlich schriftlich im Anschluss an die Besichtigung gestellt werden.

Wird von der Vergabestelle ausgefüllt.

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

Vertrag

über den

Ersatz der Abluftanlage der Zerlegekabine der Zentralen Aktiven Werkstatt (ZAW)

Zwischen EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH
Latzower Straße 1,
17509 Rubenow,
vertreten durch die Geschäftsführer Dr. Ingo Neuhaus
und Markus Lindner
Ust. ID-Nr. DE 137580664

– nachfolgend **EWN GmbH** oder **Auftraggeber** („AG“) genannt –

und **#####**
Straße Nr.##,
######,
vertreten durch ######
und ########,
Ust. ID-Nr. DE XXXXXXXXX

– nachfolgend **#####** oder **Auftragnehmer** („AN“) genannt –

– nachfolgend gemeinsam **Parteien** genannt –

Präambel

Die EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH (kurz EWN GmbH) ist ein bundeseigenes Unternehmen, durch welches seit 1995 die ehemaligen Kernkraftwerke Greifswald (KGR) im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und Rheinsberg (KKR) im Bundesland Brandenburg nach Stilllegung demontiert werden. Neben den Rückbauaktivitäten und der Konditionierung sind die Zwischenlagerung und Entsorgung der abgebrannten Brennelemente und der anfallenden radioaktiven Reststoffe/Abfälle wesentliche Aufgaben des Unternehmens.

§ 1 Vertragsbestandteile

(1) Es gelten ausschließlich die Vereinbarungen und Bedingungen in der nachstehenden Rangfolge:

a. Dieser Vertrag und etwaige Nachträge sowie die Vertraulichkeitsvereinbarung vom …..

b. Protokoll des Bietergesprächs vom XXXX

c. EWN-Anfrage mit der Nr. 2026001432042 einschließlich aller Anlagen und Vertragsbedingungen

d. Angebot, Projekt Nr.: XXXX vom XXXX

e. die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die der §§ 631 ff. BGB

(2) Auf Widersprüche zwischen einzelnen Vertragsgrundlagen hat der AN den AG schriftlich hinzuweisen, sobald sie für ihn erkennbar sind. Gleiches gilt, wenn innerhalb einzelner Vertragsgrundlagen Widersprüche vorhanden sein sollten.

(3) Ungeachtet der oben festgelegten Rangfolge hat der AN generell alle auf das Projekt anwendbaren, zum Zeitpunkt der Ausführung geltenden nationalen und EU-Vorschriften (z.B. Gesetze, Verordnungen, technische Regelwerke, Normen und Richtlinien, Gewerbe- und Brandschutzbestimmungen, berufsgenossenschaftliche Regeln), Verwaltungsakte der Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde sowie die zwischen AN und AG getroffenen Vereinbarungen einzuhalten und dem zum Zeitpunkt der Ausführung gültigen Stand von Wissenschaft und Technik, den bestehenden bautechnischen Erkenntnisstand sowie den Grundsatz größtmöglicher Wirtschaftlichkeit zu beachten. Änderungen von anwendbaren Vorschriften und/oder des Standes von Wissenschaft und Technik hat der AN ab Veröffentlichung entsprechender Entwürfe nach vorheriger Abstimmung mit dem AG in seine Ausführung einzubeziehen.

(4) Entsprechende Änderungen von anwendbaren Vorschriften und/oder des Standes von Wissenschaft und Technik nach Vertragsschluss, die demgemäß nach dieser Abstimmung umgesetzt werden und zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht bekannt und nicht absehbar waren, gelten als Leistungsänderung. Die gegebenenfalls anfallenden Kosten für deren Berücksichtigung trägt der Auftraggeber. Über die Höhe dieser Kosten wird im Rahmen von Nachträgen verhandelt.

(5) Allgemeine Geschäftsbedingungen des AN sind nicht Bestandteil dieses Vertrages und daher gegenüber dem AG ausnahmslos unwirksam. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen haben selbst dann keine Gültigkeit, wenn im Angebot oder in sonstigen Schriftstücken auf sie Bezug genommen wird.

§ 2 Liefer- und Leistungsumfang, -pflicht

(1) Der AN führt sämtliche Lieferungen und Leistungen zum Ersatz der Abluftanlage der Zerlegekabine der Zentralen Aktiven Werkstatt (ZAW) entsprechend den Bedingungen von § 1 Absatz (1) des Vertrages durch.

(2) Der AG wird den AN unverzüglich unterrichten, wenn über den in diesem Vertrag beschriebenen Umfang hinausgehende Leistungen erforderlich werden. Diese Leistungen hat der AN zur Vermeidung von Verzögerungen auf Anordnung des AG unverzüglich zu erbringen, auch wenn ggf. noch keine gesonderte schriftliche Vereinbarung zwischen den Parteien über die dafür geschuldete zusätzliche Vergütung getroffen oder keine rechtskräftige bzw. Sachverständigen-Entscheidung über Berechtigung und/oder Höhe der zusätzlichen Vergütung herbeigeführt ist. Der AN wird währenddessen die Leistung nicht verweigern, es sei denn, dies ist im Einzelnen unzumutbar.

(3) Der AG ist jederzeit berechtigt, Leistungsänderungen oder zusätzliche Leistungen durch schriftliche Mitteilung an den AN anzuordnen, es sei denn, dies ist für den AN unzumutbar. Dies umfasst insbesondere das Recht, den Leistungsumfang zu ändern, zu erweitern oder zu reduzieren, die Ausführung zusätzlicher Leistungen zu verlangen oder Leistungen entfallen zu lassen, die Umstände der Leistungserbringung anzupassen und die Vertragstermine zu verschieben. Der AN hat Anordnungen des AG unverzüglich daraufhin zu prüfen, ob sie das vertraglich vereinbarte Vertragsziel gefährden. Hat der AN insoweit Bedenken, ist er verpflichtet, sie anzuzeigen und schriftlich zu begründen. Die Vergütung und Terminanpassung sind einvernehmlich abzustimmen.

(4) Änderungen, Ergänzungen oder Erweiterungen der Lieferungen und Leistungen bedürfen einer besonderen schriftlichen Vereinbarung in Form eines von beiden Parteien genehmigten Nachtrages. Der Nachtrag beschreibt die vereinbarte Änderung, Ergänzung oder Erweiterung und regelt die angemessene Anpassung der übrigen Bestimmungen des Auftrags, die von der Änderung, Ergänzung oder Erweiterung betroffen sind, insbesondere die Anpassung des Preises und der Liefer- und Leistungsfristen. Der AN ist vor Abschluss des Nachtrags nur dann verpflichtet, die Änderung, Ergänzung oder Erweiterung durchzuführen, wenn der AG sie schriftlich freigegeben hat. Diese Verpflichtung besteht unabhängig von der ggf. parallellaufenden Klärung zur Vergütungspflicht und -höhe.

(5) Wird erkennbar, dass das Vertragsziel mit der bisherigen Planung oder dem bisher vorgesehenen Terminablauf nicht erreicht werden kann, hat der AN den AG unverzüglich schriftlich zu unterrichten und die aus seiner Sicht möglichen Handlungsvarianten und deren Auswirkungen auf das Projektziel darzulegen, so dass dieses Ziel und insbesondere die Kosten, soweit möglich, eingehalten werden können.

(6) Die Prüfung und Weitergabe der VPU an die Behörden und deren Sachverständige durch den AG entbinden den AN nicht aus seiner Verpflichtung, prüf- und genehmigungsfähige VPU sowie fehlerfreie und funktionsfähige Geräte/Komponenten entsprechend den Vertragsbedingungen zu liefern, zu montieren und betriebsbereit zu übergeben. Hierdurch übernimmt der AG weder eine Mitverantwortung, gleich welcher Art, für die weitergegebenen Unterlagen, noch wird dadurch die Verpflichtung des AN zur vollständigen und mangelfreien Leistungserbringung eingeschränkt.

(7) Absatz (6) gilt für die Freigabe der Unterlagen zur Fertigung entsprechend.

§ 3 Unterauftragnehmer

(1) Der Einsatz von anderen als im Angebot (siehe § 1 des Vertrages) angegebenen Unterauftragnehmern ist nur zulässig, wenn der AG diesem Einsatz vorher ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat.

(2) Ein zustimmungspflichtiges Unterauftragnehmerverhältnis liegt vor, wenn der AN weitere Auftragnehmer mit der ganzen oder Teilen der im Vertrag vereinbarten Leistung beauftragt.

§ 4 Genehmigungen, Gebühren, Unterlagen

(1) Der AN hat sämtliche vom AG überlassenen Unterlagen/ Pläne/ Spezifikationen, die Grundlage des Vertrages und seiner Leistungen sind, eigenverantwortlich vor Angebotsabgabe umfassend dahingehend geprüft, dass und mit welchem Aufwand er den vom AG gewünschten Leistungserfolg herbeiführen kann und hat dies durch Abgabe des Angebots bestätigt. Er übernimmt diese Unterlagen in seinen Verantwortungsbereich. Alle nach Vertragsschluss vom AG übergebenen Unterlagen wird der AN umgehend eigenverantwortlich auf Ausführbarkeit prüfen und evtl. notwendige Änderungen mit dem AG abstimmen. Eventuelle Bedenken gegen die geplante Ausführung wird der AN vor Angebotsabgabe beim AG schriftlich anmelden und begründen.

(2) Die Gebühren für die Prüfung der an Ämter, Prüfingenieure u. ä. Institutionen einzureichenden Unterlagen trägt der AG, es sei denn, dass solche Gebühren wegen vom AN zu vertretender Mangelhaftigkeit der Unterlagen mehrfach erhoben werden oder sich erhöhen. Dann trägt der AN die Mehrkosten.

(3) Alle offiziell einzureichenden Unterlagen werden vom AG oder mit seiner vorab einzuholenden Zustimmung vom AN eingereicht. Die Planung des AN ist prüffähig zu erstellen.

§ 5 Liefer- und Leistungstermine

(1) Folgende Liefer- und Leistungstermine sind vereinbart:

Die mit **(P)** gekennzeichneten Termine verstehen sich als pönalisierte Vertragstermine, siehe § 8 Vertragsstrafe.

a) Erstellung und Übergabe von prüf- und genehmigungsfähigen Vorprüfunterlagen VPU Teil 1 an den AG	xxx Arbeitstage nach Zuschlagserteilung **(P)**
b) Erstellung und Übergabe von prüf- und genehmigungsfähigen Vorprüfunterlagen VPU Teile 2 und 3 an den AG	xxx Arbeitstage nach Zuschlagserteilung
c) Abschluss der Fertigung und Werksabnahme	xxx Arbeitstage nach Fertigungsfreigabe erteilt durch den AG
d) Abschluss der Anlieferung und Montage	xxx Arbeitstage nach Fertigungsfreigabe erteilt durch den AG

e) Abschluss der erfolgreichen Inbetriebsetzung sowie der Schulung der Bediener der Anlage — xxx Arbeitstage nach Fertigungsfreigabe erteilt durch den AG **(P)**

f) Erstellung und Übergabe der Enddokumentation in der vereinbarten Qualität und Form und rechtsgeschäftliche Gesamtabnahme — xxx Arbeitstage nach Fertigungsfreigabe erteilt durch den AG **(P)**

Die v. g. Lieferungen und Leistungen des AN erfolgen entsprechend der Fristen ab Zuschlagserteilung des mit dem finalen Angebot eingereichten Nullablaufplans.

(2) Die Parteien gehen von folgendem Termin der Fertigstellung sämtlicher vertraglich geschuldeter Lieferungen und Leistungen inkl. Übergabe der Enddokumentation (Projektabschluss) aus: XXX Arbeitstage nach Zuschlagserteilung (Grundlage: Nullablaufplan des Angebotes gemäß § 1 Absatz (1) des Vertrages.

Bei dem v. g. Projektabschlusstermin sind folgende voraussichtliche Prüf- und Bearbeitungszeiten je Lieferumfang a) und b) von § 5 Absatz (1) berücksichtigt:

- VPU-Prüf- und Bearbeitungszeit der EWN mit anschließender Einreichung bei den Behörden/Sachverständigen: **6 Wochen** nach Übergabe von prüf- und genehmigungsfähigen VPU
- VPU-Prüf- und Bearbeitungszeit der Behörden/Sachverständigen: **15 Wochen** nach Einreichung von prüf- und genehmigungsfähigen VPU bei den Behörden/Sachverständigen

- 1 Revisionslauf für die VPU-Teil 1 = 7 Wochen (Bearbeitung AN = 4 Wochen, Prüfung AG= 3 Wochen)

- 1 Revisionslauf für die VPU-Teile 2/3 = 7 Wochen (Bearbeitung AN = 4 Wochen, Prüfung AG= 3 Wochen)

Die Fertigungsfreigabe des AG erfolgt nach Prüfung und Freigabe der VPU Teil 1 durch die Behörden/Sachverständigen.

(3) Vor dem Hintergrund, dass die in Absatz (2) genannte Prüf- und Bearbeitungszeit der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde und deren Sachverständigen bekanntermaßen nicht vorhersehbar sind und der AG keinen Einfluss darauf hat, stellt diese Prüf- und Bearbeitungszeit eine unverbindliche zeitliche Annahme dar. Der AG weist darauf hin, dass die Prüf- und Bearbeitungszeit der Behörden von diesen Annahmen deutlich abweichen und insbesondere auch deutlich länger ausfallen können. Der in Absatz (2) benannte Fertigstellungstermin berücksichtigt die vorgenannten Annahmen. Aus diesem Grund sind im Vertrag eine entsprechend lange Preisbindung als auch eine Preisgleitklausel vorgesehen.

(4) Sollten die unter Absatz (2) angegebenen voraussichtlichen Prüf- und Bearbeitungszeiten aus vom AN nicht zu vertretenden Umständen überschritten werden, verschiebt sich der Fertigstellungstermin von Absatz (2) entsprechend. Der neue Fertigstellungstermin berechnet sich nach der Dauer der Überschreitung der unter Absatz (2) angegebenen voraussichtlichen Prüf-

und Bearbeitungszeiten. Auch eine deutliche Verschiebung des Fertigstellungstermins berechtigt nicht zur Kündigung des Vertrages; der AN bleibt zur Erbringung der ihm übertragenen Leistungen verpflichtet. Unter den abschließend in § 6 Absatz (3) dieses Vertrages geregelten Voraussetzungen kann dem AN ein Anspruch auf Vergütungsanpassung zustehen.

(5) Verlängerungen der EWN-Prüf- und Bearbeitungszeit der VPU Teil 1 um bis zu 2 Wochen sind für den AG kostenneutral. In diesem Fall verschieben sich die jeweils nachfolgenden Vertragstermine/-Fristen entsprechend.

(6) Hinsichtlich einer etwaigen Überschreitung der unter Absatz (2) angegebenen voraussichtlichen Prüf- und Bearbeitungszeiten findet § 5 Nr. 2 Abs. 2 VOL/B keine Anwendung. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung wird hiervon jedoch nicht berührt.

(7) Unter Arbeitstagen werden hier die Wochentage Montag bis Freitag mit Ausnahme gesetzlicher Feiertage in Mecklenburg-Vorpommern verstanden. Unter Wochen werden hier Kalenderwochen verstanden.

(8) Sollten durch den AN Prozesse im Rahmen der weiteren Auftragsrealisierung (wie z. B. Beschaffung/Fertigung) gestartet werden, bevor die relevanten Vorprüfunterlagen (VPU) durch die EWN und die Behörden/Sachverständigen freigegeben wurden, so trägt der AN das alleinige Risiko für jegliche Änderungen zur Erlangung von Mangelfreiheit und Genehmigungsfähigkeit, welche sich ggf. bis zur Freigabe der Unterlagen ergeben.

§ 6 Vergütung

(1) **Der Gesamtnettofestpreis des Vertrages beträgt xxxx EUR**

und setzt sich wie folgt zusammen:

a) Erstellung und Übergabe von prüf- und genehmigungsfähigen Vorprüfunterlagen VPU-Teil 1 an den AG sowie 1 Revisionslauf für VPU-Teil 1	xxxx EUR
b) Erstellung und Übergabe von prüf- und genehmigungsfähigen Vorprüfunterlagen VPU-Teile 2 und 3 an den AG sowie jeweils 1 Revisionslauf je VPU-Teil 2 und VPU-Teil 3	xxxx EUR
c) Fertigung und Werksabnahme	xxxx EUR
d) Anlieferung, Montage, erfolgreiche Inbetriebsetzung, Schulung der Bediener der Anlage	xxxx EUR
e) Erstellung und Übergabe der Enddokumentation in der vereinbarten Qualität und Form sowie rechtsgeschäftliche Gesamtabnahme	xxx EUR

Rückfragen, Auflagen und Anforderungen zur Überarbeitung von Vorprüfunterlagen (VPU) der zuständigen Behörde oder deren Sachverständigen sind im Rahmen der VPU-Prüfung umzusetzen. Für die VPU-Prüfung ist durch den AN für die von der Behörde und deren Sachverständigen geforderten Überarbeitungen jeweils ein Revisionslauf je VPU-Teil nach Prüfung durch die Behörde bzw. deren Sachverständigen im Vertragspreis enthalten.

Darüber hinaus gehende Überarbeitungen sind vor Realisierung durch den AG gesondert mindestens in Textform freizugeben und werden nach Aufwand gegen Nachweis zu nachfolgendem Stundensatz abgerechnet.

xxxx EUR/h

Ein Revisionsablauf beinhaltet das Überarbeiten / Durchsehen / Prüfen der Unterlagen hinsichtlich der ordnungsgemäßen Ausführung der Forderungen der Behörde und deren Sachverständigen. Die Unterlagen werden mit dem Revisionsstand 00 (Null) beim Sachverständigen bzw. bei der Behörde eingereicht. Die Revisionsstände werden bei erneuter Einreichung fortlaufend gezählt.

Fehlerhafte und unvollständige Unterlagen sind unabhängig von den Revisionsläufen zu korrigieren, eine zusätzliche Vergütung ist insoweit ausgeschlossen.

(2) Alle v. g. Preise gelten zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer.

(3) Die vereinbarten Preise gelten als Festpreise bis xxx Arbeitstage (ergibt sich aus der Projektlaufzeit gemäß Nullablaufplan des finalen Angebotes) nach der am xxx erfolgten Zuschlagserteilung zuzüglich 12 Monate. Die Festpreisbindung gilt nicht für etwaige Ansprüche wegen Störung der Geschäftsgrundlage i.S.d. § 313 BGB.

Die Frist der Preisbindung ergibt sich aus den Fristen des Nullablaufplans des Angebotes gemäß § 1 Absatz (1) unter Berücksichtigung der in § 5 Absatz (2) angenommenen VPU-Prüf- und Bearbeitungszeiten des AG und der Behörde/Sachverständigen zuzüglich einer Reserve von weiteren 12 Monaten.

Bei Terminverzögerungen, die der AN zu vertreten hat, gelten die vereinbarten Preise über den Festpreiszeitpunkt hinaus.

Sollten sich vertraglich vereinbarte Lieferungen/Leistungen aus nicht vom AN zu verantwortenden Gründen – also etwa wegen verlängerter Prüf- und Bearbeitungsfristen des AG oder ungewöhnlich langer Prüf- und Bearbeitungsfristen der Behörde und deren Sachverständigen und einer damit einhergehenden Verschiebung der Vertragstermine gemäß § 5 dieses Vertrages – über den vorgenannten Zeitraum der Preisbindung hinaus verschieben, so können auf Verlangen eines Vertragspartners die Preise des Vertrages für den betroffenen Liefer- und Leistungsumfang gemäß nachstehender Preisgleitformel angepasst werden:

$P = P_0 (a + b*L_m/L_0 + c*M_m/M_0)$

a = Allgemeinkostenanteil
b = Lohnkostenanteil
c = Materialkostenanteil
1 = a + b + c
P = der sich aufgrund der Anpassung ergebende neue Preis der betroffenen Lieferungen/ Leistungen
P_0 = Preis des betroffenen Liefer- und Leistungsumfangs vor der Anpassung
L_0 = Ecklohn eines Facharbeiters gemäß dem Tarifvertrag …….. des maßgebenden Bundeslandes mit der Vergütungsgruppe …… am letzten Tag der vereinbarten Preisbindefrist
L_m = Ecklohn eines Facharbeiters gemäß dem Tarifvertrag …….. des maßgebenden Bundeslandes mit der Vergütungsgruppe …… zum Zeitpunkt der Erbringung der betroffenen Leistung

M_0 = Materialindex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Code 61241) mit der Güterverzeichnisnummer Lfd. Nr. …… des statistischen Bundesamtes Deutschland am letzten Tag der vereinbarten Preisbindefrist

M_m = Materialindex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Code 61241) mit der Güterverzeichnisnummer Lfd. Nr. …… des statistischen Bundesamtes Deutschland zum Zeitpunkt der Fertigungsfreigabe des betroffenen Materials

Der Bieter hat mit dem ersten Angebot zu v. g. Preisgleitformel die Anteile a, b und c, den für den Liefer- und Leistungsumfang zutreffenden Tarifvertrag, die repräsentativste Vergütungsgruppe sowie den repräsentativsten Materialindex anzugeben.

Im Übrigen bleiben Ansprüche des AG oder des AN unberührt, die sich im Falle einer von dem einen oder dem anderen Vertragsteil zu vertretenden Verzögerung der Leistungserbringung ergeben können; entsprechendes gilt für den Fall einer unterlassenen bzw. nicht rechtzeitigen Mitwirkung des AG.

§ 7 Abrechnung und Zahlung

(1) Es ist eine Vorauszahlung in Höhe von **xx % des Gesamtnettofestpreises des Vertrages** nach Zuschlagserteilung und Übergabe einer Bürgschaft durch den AN in voller Höhe des Vorauszahlungswertes vereinbart. Diese Vorauszahlung wird auf die darauffolgenden Zahlungsraten von § 7 Absatz (2) angerechnet.

(2) Die Abrechnung des Gesamtnettofestpreises erfolgt gemäß nachfolgendem Zahlungsplan:

1. Rate: xx % des Gesamtnettofestpreises des Vertrages nach erfolgreicher, mängelfreier Werksabnahme des kompletten Liefer- und Leistungsumfangs des Vertrages sowie nach Stellung einer Abschlagszahlungsbürgschaft in voller Ratenhöhe

2. Rate: xx % des Gesamtnettofestpreises des Vertrages nach mängelfreier Lieferung, Montage sowie erfolgreicher Inbetriebsetzung, Schulung der Bediener der Anlage

3. Rate: 20 % nach Übergabe der vollständigen, mängelfreien Enddokumentation in der vereinbarten Qualität und Form sowie rechtsgeschäftlicher Gesamtabnahme des kompletten Liefer- und Leistungsumfangs des Vertrages

(3) Die gemäß § 6 Abs. (1) nach Aufwand abzurechnenden Leistungen sind nach Freigabe der jeweiligen Unterlagen durch alle relevanten bearbeitenden Behörden zur Zahlung fällig.

(4) Die Zahlung aller Rechnungen erfolgt 30 Tage oder mit XXX % Skonto nach 14 Tagen nach Eingang einer prüffähigen Rechnung und jeweiliger Fälligkeit.

(5) Werden nach der Annahme der Schlussrechnung in der Abrechnung Rechenfehler oder Fehler in den diesbezüglichen Unterlagen durch Rechnungsprüfungsstellen festgestellt, so sind AG und AN zum gegenseitigen Ausgleich verpflichtet. Der AN ist nicht berechtigt, sich auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) zu berufen.

(6) Voraussetzung für die Zahlung ist, dass folgende Unterlagen beim AG vorliegen:

- vorbehaltlose Auftragsbestätigung,

§ 8 Vertragsstrafe, Verzug

(1) Der AN verpflichtet sich bei schuldhafter Überschreitung der mit dem AG jeweils schriftlich vereinbarten pönalisierten Vertragstermine zur Zahlung einer Vertragsstrafe pro Werktag der Überschreitung von jeweils 0,1 % des Nettowertes desjenigen Teils der Leistung, der nicht genutzt werden kann. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von Einzelfristen ist der Nettowert des nicht nutzbaren Teils der Leistung, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht. Maximal beträgt die Vertragsstrafe je Überschreitensfall 5 % des Nettowertes desjenigen Teils der Leistung, der nicht genutzt werden kann.

(2) Die Summe aller Vertragsstrafen wird auf insgesamt 5 % der Gesamtabrechnungssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt.

(3) Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung verbindlicher Zwischentermine (Einzelfristen als Vertragsfristen) werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

(4) Die Vertragsstrafe wird für entsprechend mit „(P)“ gekennzeichnete Vertragstermine gemäß § 5 „Liefer- und Leistungstermine“ vereinbart.

(5) § 341 Absatz 3 BGB gilt mit der Maßgabe, dass der Vorbehalt der Geltendmachung der Vertragsstrafe bis zur Fälligkeit der Schlusszahlung erklärt werden kann.

(6) Der AG behält sich vor, neben der Vertragsstrafe Schadenersatz geltend zu machen, wobei eine Anrechnung der Vertragsstrafe auf den Schadenersatz erfolgt.

(7) Falls die Parteien nachträglich anstelle der pönalisierten Vertragstermine andere verbindliche Vertragstermine vereinbaren oder die Ausführungsfristen sich sonst verlängern, ist die vorstehende Vertragsstrafenregelung auch bei einer schuldhaften Überschreitung dieser neu vereinbarten Termine anzuwenden, wobei bereits entstandene Ansprüche auf Vertragsstrafe bestehen bleiben.

§ 9 Abnahme

(1) Der AN zeigt dem AG die Bereitschaft zur technischen Abnahme spätestens 10 Arbeitstage vorher an. Der AG wird die technische Abnahme nicht unbillig verweigern. Über technische Abnahmen ist ein von beiden Parteien zu unterzeichnendes Protokoll anzufertigen. Jeder Unterschrift ist der Vor- und Nachname des Unterzeichners in Druckschrift hinzuzufügen. Technische Abnahmen stellen nicht die rechtsgeschäftliche Gesamtabnahme der Leistung als vertragsgemäße Erfüllung dar.

(2) Der AG nimmt an den Werksabnahmen im festgelegten Umfang teil. Auch hierzu lädt der AN den AG spätestens 10 Arbeitstage im Voraus ein. Über Werksabnahmen ist durch den AN ein Protokoll anzufertigen und dem AG unverzüglich zu übersenden. Auch Werksabnahmen stellen keine rechtsgeschäftliche Gesamtabnahme von Leistungen des AN dar.

(3) Der Liefer- und Leistungsumfang des AN als Ganzes bedarf einer rechtsgeschäftlichen Gesamtabnahme, nachdem alle Teil-Lieferungen und Teil-Leistungen dieses Vertrages erbracht und durch den AG und durch den Sachverständigen (falls eine Abnahme durch den Sachverständigen erforderlich) technisch abgenommen wurden.

(4) Der AN zeigt dem AG die Bereitschaft zur rechtsgeschäftlichen Gesamtabnahme spätestens 10 Arbeitstage vorher an. Die Anzeige löst keine Pflicht zur Mitwirkung des AG aus, wenn sie vor Abnahmereife erfolgt. Eine fiktive oder konkludente Gesamtabnahme ist ausgeschlossen. Die

vertraglichen Regelungen zu Abschlagsrechnungen und Freigaben bleiben unberührt. Die Gesamtabnahme bedarf einer schriftlichen Erklärung des AG, dass er die Leistung als vertragsgemäß anerkennt. Jeder Unterschrift ist der Vor- und Nachname des Unterzeichners in Druckschrift hinzuzufügen.

(5) Werden beim Abnahmetermin wesentliche Mängel festgestellt, so gilt die Leistung nicht als abgenommen. Bekannte Mängel sind zu dokumentieren und deren etwaige Abstellung bzw. verbleibende Mängel sind bei einem erneuten Abnahmetermin in dem dann zu erstellenden Abnahmeprotokoll auszuweisen. Gewährleistungsansprüche wegen bekannter Mängel sollen im Abnahmeprotokoll vorbehalten werden. Sind Mängel aufgeführt, gelten die Ansprüche jedoch auch ohne ausdrücklichen Vorbehalt als vorbehalten. Das Abnahmeprotokoll kann den Vertrag weder ändern noch ergänzen.

§ 10 Sicherheitsleistungen

(1) Die Vorauszahlungsbürgschaft wird an den AN zurückgegeben, sobald die Vorauszahlung durch Anrechnung auf fällige Zahlungen getilgt ist.

(2) Der AN übergibt mit der Auftragsbestätigung eine Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von 5 % des Gesamtnettofestpreises.

Die Vertragserfüllungsbürgschaft wird nach Übergabe der vollständigen, mängelfreien Enddokumentation und mängelfreier rechtsgeschäftlicher Gesamtabnahme oder bei Vertragsbeendigung gemäß § 15 vom AG zurückgegeben, jedoch nicht vor Gestellung von Sicherheiten für etwaige unerledigte Schadensersatzansprüche des AG aus der Zeit der Vertragserfüllung.

(3) Die Abschlagszahlungsbürgschaft wird nach rechtsgeschäftlicher Gesamtabnahme des kompletten Liefer- und Leistungsumfangs des Vertrages an den AN zurückgegeben

(4) Mit der letzten Rate erfolgt ein Sicherheitseinbehalt in Höhe von 5 % der Brutto-Abrechnungssumme zur Sicherung eventueller Mängelansprüche des Auftraggebers bis zum Ablauf der Verjährungsfrist.

Der Sicherheitseinbehalt kann durch eine Gewährleistungsbürgschaft abgelöst werden. Nach Ablauf der Gewährleistung und nach Aufforderung des AG wird der Sicherheitseinbehalt ausgezahlt bzw. die gegebenenfalls gestellte Gewährleistungsbürgschaft durch den AG zurückgegeben.

(5) Sämtliche im Rahmen dieses Vertrages durch den AN zu stellende Bürgschaften sind im Hinblick auf mögliche Terminänderungen unbefristet zu stellen. Sie ist außerdem als unwiderrufliche, selbstschuldnerische Netto-Bürgschaft unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage gemäß § 771 BGB eines europäischen als Zoll- und Steuerbürgen zugelassenen Kreditinstitutes zu stellen.

§ 11 Haftung/Gewährleistung, Verjährung

(1) Die Gewährleistung/Haftung richtet sich vorbehaltlich nachstehender Einschränkungen nach den gesetzlichen Bestimmungen.

(2) Für eingesetzte Unterauftragnehmer haftet der AN wie für eigenes Personal. Im Hinblick auf die besondere Leistung wird die Haftungsbefreiung entsprechend § 831 Abs. 1 Satz 2 BGB abbedungen.

(3) Die Haftung der EWN GmbH sowie ihrer Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen für schuldhaft verursachte Schäden ist ausgeschlossen, soweit der Schaden nicht durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt wurde; dies gilt nicht bei

a) Schäden aus Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit,

b) der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, d. h. solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf (sog. Kardinalpflichten).

Im Falle einer Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, welche auf anderen Umständen als Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruht, beschränkt sich die Haftung auf den Schaden, den die EWN GmbH bei Abschluss dieses Vertrages als mögliche Folge der Vertragsverletzung vorausgesehen hat oder unter Berücksichtigung der Umstände, die sie kannte oder kennen musste, hätte voraussehen müssen. Gleiches gilt bei grob fahrlässigem Verhalten einfacher Erfüllungsgehilfen (nicht leitende Angestellte) außerhalb des Bereiches der wesentlichen Vertragspflichten sowie der Lebens-, Körper- oder Gesundheitsschäden.

(4) Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt **2 Jahre.** Die Frist beginnt erst mit der rechtsgeschäftlichen Gesamtabnahme der Leistungen des AN, nicht bereits mit Teilabnahmen oder technischen Abnahmen.

§ 12 Höhere Gewalt

(1) Kann eine Partei aus Gründen höherer Gewalt ihre vertraglichen Verpflichtungen völlig oder teilweise nicht erfüllen, so muss sie dies der anderen Partei unverzüglich und unter Angabe der Umstände und – soweit erhältlich – Beifügung einer Bescheinigung der zuständigen Industrie- und Handelskammer mitteilen, wobei sie gleichzeitig diejenigen Verpflichtungen darlegen muss, die sie nicht oder nicht gehörig erfüllen kann, soweit ihr dies zu diesem Zeitpunkt möglich ist. Solange die betroffene Partei diesen Verpflichtungen nicht nachkommt, kann sie sich nicht auf einen Fall höherer Gewalt stützen. Gleichzeitig bemüht sich die Partei, eine Schätzung der Dauer der Verspätung anzugeben.

(2) Als höhere Gewalt gelten solche betriebsfremde, von außen einwirkende Umstände, die für den jeweiligen Vertragspartner und die von ihm beauftragten Unternehmer auch bei angemessener Sorgfalt unvorhersehbar und unbeeinflussbar sind sowie außerhalb des von der jeweiligen Partei übernommenen, vertragstypischen Risikos liegen und mit wirtschaftlich erträglichen Mitteln und auch durch äußerste und nach Sachlage mit vernünftiger Weise zu erwartenden Sorgfalt nicht verhütet oder unschädlich gemacht werden können und auch nicht wegen ihrer Häufigkeit in Kauf zu nehmen sind. In jedem Fall kommen als höhere Gewalt nur solche Umstände in Betracht, die weder von dem einen, noch vom anderen Vertragspartner zu vertreten sind. Umstände höherer Gewalt können insbesondere sein: Krieg, innere Unruhen, Aufruhr, Revolution, Rebellion, Aufstand, Tumult, Ausschreitungen, Demonstrationen gegen das Projekt, Terrorakte, Blockade, Embargo, Regierungsanordnung, Sabotage, Explosion, Brand, Streik oder Arbeitsniederlegung einer Schlüsselgruppe, Aussperrung, Epidemie, Feuer, Überschwemmung, Sturmflut, andere Unwetter im Ausmaß einer Katastrophe, Erdbeben, Erdrutsch, Blitzschlag oder sonstige in ihren Auswirkungen ebenso bedeutsame und außergewöhnliche Ereignisse, soweit die Voraussetzungen nach Satz 1 und 2 vorliegen. Dies gilt auch für Eingreifen, verspätetes Tätigwerden oder Nicht-Tätigwerden von Behörden insbesondere der Zustimmungs- und zuständigen Aufsichtsbehörden (soweit dies nicht vom AN zu vertreten ist z.B. weil von dem AN für ein Zustimmungs- /Genehmigungsverfahren zu erstellende Unterlagen mangelhaft sind oder dem AG zu spät zur Verfügung gestellt werden) und Gerichten. Auf die in diesem Absatz definierte „höhere Gewalt“ können sich die Parteien nur dann berufen, wenn unerwartete, nicht zu

beeinflussende äußere Umstände eintreten, die sie daran hindern, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Dies gilt insbesondere nicht für die bei Abgabe des Angebots bereits vorhersehbaren oder bekannten bzw. bereits eingetreten Folgen des Ukraine-Krieges und des Iran-Krieges.

(3) Bei höherer Gewalt werden die Ausführungsfristen gem. § 5 Nr. 2 Abs. 1 VOL/B verlängert. Die durch die Verlängerung infolge höherer Gewalt entstandenen Kosten und sonstigen Nachteile trägt jede Partei selbst.

(4) Dauert eine Unterbrechung infolge höherer Gewalt länger als 3 Monate, so werden sich die Parteien bemühen, sich über die zu treffenden Maßnahmen und erforderliche Änderungen des Vertrages zu verständigen. § 5 Nr. 2 Abs. 2 VOL/B bleibt unberührt.

§ 13 Versicherung des AN

(1) Zur Absicherung von Ansprüchen des AG gegen den AN aus diesem Vertrag und Ansprüchen aus gesetzlicher Haftpflicht hat der AN mit einem in der Bundesrepublik Deutschland zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherungsunternehmen eine Haftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung mit entsprechendem Versicherungsschutz mit folgenden Deckungssummen je Schadensereignis abzuschließen:

a. für Personenschäden 1.500.000,00 EUR

b. für sonstige Schäden 1.000.000,00 EUR

(2) Diese Deckungssummen müssen in jedem Jahr mindestens 2fach zur Verfügung stehen. Zum Nachweis des Versicherungsschutzes übergibt der AN spätestens zur Zuschlagsentscheidung eine Versicherungsbestätigung an den AG. Auf schriftliches Verlangen des AG hat der AN Ersterem die regelmäßige Zahlung der Versicherungsprämien für die vorgenannte Versicherung nachzuweisen. Auf die Versicherung müssen auch die Vorschriften von Teil 2 Kapitel 1 Abschnitt 2 VVG Anwendung finden.

(3) Legt der AN einen Nachweis nicht vor bzw. weist er trotz Verlangens des AG die Zahlung der Versicherungsprämie nicht nach, so kann der AG dem AN eine angemessene Nachfrist zur Nachholung dieser Leistungen setzen. Kommt der AG seinen Pflichten zum Nachweis des Versicherungsschutzes auch innerhalb der Nachfrist nicht nach, kann der AG den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen.

(4) Die vereinbarten Versicherungssummen zur Haftpflichtversicherung gelten auch für Subunternehmer.

§ 14 Urheber- und Schutzrechte, Herausgabe von Unterlagen und Dateien

(1) Die dem AN zur Verfügung gestellten Unterlagen bleiben uneingeschränktes Eigentum des AG und unterliegen den Bestimmungen des UrhG bzw., sofern gekennzeichnet, den Rechten nach DIN ISO 16016.

(2) Alle schriftlichen oder maschinenlesbaren, in Erfüllung dieses Vertrages geschaffenen Arbeitsergebnisse gehören vorbehaltlich der nachstehenden Bestimmung dem AG.

(3) An den vom AN erbrachten urheberrechtlich geschützten Leistungen und Arbeitsergebnissen überträgt der AN hiermit auf den AG das unbefristete Nutzungsrecht. Mit eingeschlossen ist das Bearbeitungsrecht. Dies gilt ebenfalls für anlässlich der Vertragserfüllung etwaig entstehende gewerbliche Schutzrechte.

(4) Die vorstehende Nutzungsrechtsübertragung umfasst insbesondere das Recht des AG, die Leistungen und Arbeitsergebnisse – ganz oder in Teilen – zu vervielfältigen. Mit eingeschlossen ist ferner das Recht, die Leistungen und Arbeitsergebnisse, bzw. Vervielfältigungen hiervon, – ganz oder in Teilen – zu veröffentlichen, zu verbreiten und öffentlich wiederzugeben, wie insbesondere öffentlich zugänglich zu machen und zu senden.

(5) Die Nutzungsrechte beinhalten weiterhin das Recht des AG, Änderungen und Bearbeitungen an den Leistungen und Arbeitsergebnissen vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen. Der AG ist berechtigt, die Nutzungsrechte ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen, von Dritten ausüben und ausführen zu lassen sowie Dritten hieran weitere Nutzungsrechte einzuräumen. Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des AN im Zusammenhang mit vorstehender Nutzungsrechtsübertragung abgegolten.

(6) Die vorstehenden Bestimmungen bleiben von einer Beendigung des Vertrages unberührt. Im Falle einer Kündigung des Vertrages, gleich aus welchem Grunde, umfasst die Nutzungsrechtsübertragung diejenigen Arbeitsergebnisse und Leistungen, die der AN bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung geschaffen hat.

(7) Der AN garantiert, dass sämtliche Lieferungen frei von Schutzrechten Dritter sind und insbesondere durch die Lieferung und Benutzung der Liefergegenstände Patente, Lizenzen oder sonstige Schutzrechte Dritter nicht verletzt werden. Der AN stellt den AG von etwaigen Schutzrechtsverletzungen frei und trägt auf Anforderung auch alle Kosten, die dem AG in diesem Zusammenhang entstehen.

(8) Der AG ist berechtigt, auf Kosten des AN die Genehmigung zur Benutzung der betreffenden Liefergegenstände vom Berechtigten zu bewirken.

(9) Verfügt der AN über gewerbliche Schutzrechte an bestellten Lieferungen, so ist er verpflichtet, diese dem AG unter Angabe der Schutzrechtsnummer mitzuteilen. Der AN räumt dem AG hiermit im Voraus ein kostenloses und unwiderrufliches Nutzungsrecht daran ein.

(10) Herausgabe von Unterlagen und Dateien

Der AN ist teilweise vorleistungspflichtig und hat die von ihm erstellten oder vom AG oder von Dritten im Zusammenhang mit den Aufgaben dieses Vertrages erhaltenen Unterlagen, Dokumente und Dateien/Datenbanken dem AG auf Verlangen jederzeit oder – nach Beendigung der Leistungen – unaufgefordert herauszugeben. Dem AN steht ein Zurückbehaltungsrecht an diesen Unterlagen, Dokumenten und Dateien/Datenbanken nicht zu, es sei denn wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Ansprüche. Das gilt auch für den Fall der vorzeitigen Beendigung dieses Vertrages.

§ 15 Sistierung, Kostennachweis

(1) Der AG kann jederzeit das vollständige oder teilweise Ruhen des Auftrages schriftlich anordnen (Sistierung), wenn er dies im Zusammenhang mit dem Genehmigungsrisiko oder aus anderen Gründen für notwendig oder zweckdienlich erachtet.

(2) Ordnet der AG das Ruhen eines Auftrages gemäß Absatz (1) an, gilt folgende Regelung:

a. Lieferungen und Leistungen, die der AN oder sein Unterauftragnehmer in der Zeit nach verbindlicher Auftragserteilung bis zum Zugang der schriftlichen Sistierung erbracht hat, werden vertragsgemäß vergütet. Bei Schwierigkeiten der Preisermittlung treffen die Parteien eine einvernehmliche Vereinbarung unter Berücksichtigung der vom

Auftragnehmer nachgewiesenen Kosten, jedoch nur bis zur Höhe des anteiligen Auftragswertes.

b. Die Liefer- und Leistungsgegenstände sind so zu verwahren, dass sie gesondert gelagert und als Eigentum des AG gekennzeichnet werden und ihre Verwendungsfähigkeit gewahrt bleibt. Über die Kosten der Lagerung und ggf. der Konservierung werden die Parteien sich zu gegebener Zeit einigen.

c. Den Umfang der gemäß vorstehender Regelung zu vergütenden Lieferungen und Leistungen wird der AN dem AG nachweisen.

(3) Soweit das Ruhen des Auftrages nicht auf einer Vertragsverletzung des AN beruht und länger als 3 Monate andauert, ist der AN berechtigt, den Vertrag binnen 30 Tagen nach Ablauf dieser Zeit schriftlich zu kündigen, wenn die Parteien keine andere einvernehmliche Vertragsanpassung herbeiführen können.

(4) Im Fall der endgültigen Stilllegung des diesem Auftrag zugrundeliegenden Projekts wird der Auftragnehmer auf Wunsch des AG die von ihm bzw. für ihn gelieferten und montierten Teile zu angemessenen Preisen und Bedingungen demontieren. Die Demontage wird er so ausführen, dass Anlagenteile nach Möglichkeit nicht beschädigt werden.

§ 16 Ansprechpartner/Projektteam

Ansprechpartner für die Vertragsdurchführung

- von Seiten des AG:

  fachlich: xxx

  kaufmännisch: xxx

- von Seiten des AN:

  fachlich: xxx

  kaufmännisch: xxx

§ 17 Anwendbares Recht, Streitigkeiten und Gerichtsstand

(1) Auf diesen Vertrag findet ausschließlich deutsches Recht Anwendung, unter Ausschluss des deutschen internationalen Privatrechts.

(2) Für Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesem Vertrag oder über seine Gültigkeit ist der AG berechtigt, zwischen der Durchführung eines ordentlichen Gerichtsverfahrens und einem Schiedsverfahren zu wählen.

(3) Wenn der AN Ansprüche im Zusammenhang mit diesem Vertrag oder über seine Gültigkeit gegen den AG erhebt bzw. gerichtlich geltend machen will, hat er den AG zuvor zur Ausübung seines Wahlrechts schriftlich aufzufordern. Die Aufforderung hat den geltend zu machenden Anspruch zu bezeichnen. Sofern der AG sein Wahlrecht nicht innerhalb von 2 Wochen ab Zugang der Aufforderung ausübt, erlischt es. Die Klage des AN ist dann vor den ordentlichen Gerichten zu erheben.

(4) Unabhängig von der Ausübung des Wahlrechts haben beide Parteien das Recht, ein selbständiges Beweisverfahren oder Eilverfahren vor den ordentlichen Gerichten einzuleiten.

(5) Alle Verfahren, die vor dem Schiedsgericht zu führen sind, werden nach der Schiedsgerichtsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. (DIS) unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges endgültig entschieden. Der Ort des Schiedsverfahrens ist Berlin. Die Anzahl der Schiedsrichter beträgt 3. Die Sprache des Schiedsverfahrens ist Deutsch. Das anwendbare materielle Recht ist deutsches Recht.

(6) Für alle Verfahren, die vor den ordentlichen Gerichten zu führen sind, wird als ausschließlicher Gerichtsstand das jeweils örtlich und sachlich zuständige Gericht für 17509 Rubenow vereinbart.

§ 18 Schlussbestimmungen

(1) Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Alle Nebenabreden, Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für eine etwaige Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses.

(2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen nicht berührt. Die unwirksame oder nicht durchführbare Bestimmung ist durch eine rechtsgültige oder durchführbare Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Sinn und Zweck der zu ersetzenden Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechendes gilt, falls sich eine ergänzungsbedürftige Regelungslücke in diesem Vertrag ergeben sollte, die nach dem erkennbaren Willen der Parteien geregelt werden sollte.

Rubenow, den , den

EWN Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Name/Funktion (in Druckschrift) Name/Funktion (in Druckschrift)

Zusätzliche Vertragsbedingungen
über die Wartung der Abluftanlage der Zerlegekabine der Zentralen Aktiven Werkstatt (ZAW)

1. Laufzeit des Wartungsvertrages: 2 Jahre beginnend unmittelbar nach Lieferung, Montage, Inbetriebsetzung, und rechtsgeschäftlicher Gesamtabnahme der Abluftanlage der Zerlegekabine der ZAW des Vergabeverfahrens Nr. 2026001432042.

Die Laufzeit des Vertrages endet nach 2 Jahren ohne weitere Verlängerungsmöglichkeit.

2. Termine:
Die Wartungen erfolgen nach den Herstellervorgaben.
Die genauen Wartungstermine sind vorab mit dem EWN-Ansprechpartner für fachliche Fragen abzustimmen.

3. Preise:

3.1 Gesamtnettofestpreis
Der Gesamtnettofestpreis des Vertrages beträgt XXX EUR und setzt sich wie folgt zusammen
Festpreispauschale pro Wartung im 1. Vertragsjahr:
Festpreispauschale pro Wartung im 2. Vertragsjahr:

In der Wartungspauschale sind alle Ersatz- und Verschleißteile (außer Abluftfilter) beinhaltet, die im Zuge der jährlichen Wartung gemäß den Herstellervorgaben zu tauschen sind. Dabei ist von einer jährlichen Betriebsdauer von 1250 Stunden auszugehen.

Der AN gewährleistet, dass Verschleiß- und Ersatzteile für min. 10 Jahre geliefert werden können.

3.2. Störungsbeseitigungen
Alle über diesen Vertrag hinausgehenden Leistungen wie z. B. Störungsbeseitigungen sind gesondert zu beauftragen. Störungsbeseitigungen werden nach Aufwand gegen Nachweis zu folgenden Verrechnungssätzen abgerechnet. Material wird bei Störungsbeseitigungen nach Aufwand gegen Nachweis zu marktüblichen Preisen abgerechnet.

1. Vertragsjahr:
- Stundensatz: xxx EUR / Stunde
- Pauschale für An- und Abfahrt in €/An- und Abreise pro Person
  (inkl. Reisekosten, Reisezeit und sonstige Nebenkosten)
- Übernachtungspauschale: xxx EUR pro Übernachtung pro Person

2. Vertragsjahr:
- Stundensatz: xxx EUR / Stunde
- Pauschale für An- und Abfahrt in €/An- und Abreise pro Person
  (inkl. Reisekosten, Reisezeit und sonstige Nebenkosten)
- Übernachtungspauschale: xxx EUR pro Übernachtung pro Person

3.3 Sonstiges

Alle in Kap. 3 genannten Preise und Preislisten des Vertrages sind über die gesamte Laufzeit des Vertrages fest und unterliegen keiner Preisanpassung.

Sämtliche v. g. Preise gelten zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer.

4. Abrechnung/ Zahlungsbedingungen:

Zahlungen erfolgen jeweils nach 30 Tagen oder mit …. % Skonto nach 14 Tagen nach Eingang einer prüffähigen Rechnung und nach Abschluss und Abnahme der jeweiligen Wartung bzw. Störungsbeseitigung.

5. Sonstiges:

Zu jeder Wartung ist ein Wartungsprotokoll zu erstellen und an den AG zu übergeben.

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie Nebenabreden bedürfen der Schriftform. Gleiches gilt auch für etwaige Änderungen des Schriftformerfordernisses.

Allgemeine Einkaufsbedingungen der EWN GmbH - Stand Dezember 2024

1. Allgemeines

1.1. Die nachfolgenden Einkaufsbedingungen gelten für alle Einkaufsvorgänge, auch für Folgebestellungen, der EWN GmbH (nachfolgend Auftraggeber oder AG genannt). Die Einkaufsbedingungen gelten ausschließlich gegenüber Unternehmen sowie juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtlichen Sondervermögen (nachfolgend Auftragnehmer oder AN genannt).

1.2. Geschäftsbedingungen von Lieferanten, Auftragnehmern oder Dritten finden keine Anwendung, auch wenn der AG ihrer Geltung im Einzelfall nicht gesondert widerspricht. Selbst wenn der AG auf ein Schreiben Bezug nimmt, das Geschäftsbedingungen des Lieferanten, Auftragnehmers oder eines Dritten enthält oder auf solche verweist, liegt darin kein Einverständnis mit der Geltung jener Geschäftsbedingungen.

1.3. Der AG ist als Zuwendungsempfänger des Bundes verpflichtet, die Bestimmungen des Vergaberechts anzuwenden und einzuhalten.

2. Bestellungen/Verträge

2.1. Nur in Textform oder schriftlich erteilte Bestellungen/Verträge sind rechtsverbindlich. Mündlich oder telefonisch erteilte Bestellungen bedürfen zu ihrer Rechtsgültigkeit der nachträglichen Bestätigung in Text- oder Schriftform. Das Gleiche gilt für mündliche Nebenabreden, Änderungen und Erweiterungen des Vertrages.

2.2. Bestellungen/Verträge dürfen nicht ohne schriftliche Zustimmung des AG an Dritte weitergegeben werden. Widrigenfalls ist der AG berechtigt, ganz oder teilweise von der Bestellung/dem Vertrag zurückzutreten bzw. Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen. Dies gilt nicht, wenn der AN als Händler auftritt.

2.3. Der Schriftwechsel ist mit der Abteilung Einkauf zu führen. Absprachen mit anderen Abteilungen bedürfen, sofern dabei Vereinbarungen getroffen werden sollen, die in der Bestellung/in dem Vertrag festgelegte Punkte verändern, der ausdrücklichen schriftlichen Bestätigung durch die Abteilung Einkauf in Form eines Nachtrags zur Bestellung/zum Vertrag.

3. Preise, Zahlungsbedingungen, Rechnungslegung

3.1. Die in der Bestellung/dem Vertrag angegebenen Preise gelten als fest vereinbart und decken den beauftragten Liefer-/Leistungsumfang vollinhaltlich ab.

3.2. Nebenleistungen sowie Planungs- und Konstruktionsaufwand sind mit dem Bestell-/ Vertragspreis abgegolten, wenn dies nicht ausdrücklich schriftlich anders vereinbart wurde.

3.3. Rechnungen sind in einfacher Ausfertigung unter Angabe der Bestellnummer des AG und der geforderten Angaben lt. § 14 USTG einzureichen. Rechnungen mit fehlenden gesetzlichen Angaben werden nicht anerkannt und dem AN zurückgesandt. Sie gelten als nicht fällig. Ab dem 01.01.2025 sind die Rechnungen als E-Rechnung im xml-Format (XRechnung oder ZUGFeRD) an die Mailadresse xrechnungen@ewn-gmbh.de zu versenden. Bis zum Ende der Übergangsfrist (31.12.2026) können die Rechnungen nach Rücksprache in postalischer Form an EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH, Latzower Straße 1 in 17509 Rubenow oder auf elektronischem Weg im PDF -Format an die Mailadresse rechnungen@ewn-gmbh.de versendet werden. Zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen elektronischen Belegverarbeitung ist die Rechnung jeweils getrennt von den ebenfalls einzeln beizufügenden Anlagen im pdf-Format (Lieferschein, Stundennachweise etc.) in einer Mail zu versenden.

3.4. Die Zahlung erfolgt auf dem handelsüblichen Weg. Die Zahlungsfrist beginnt nach Lieferung/Leistung und ordnungsgemäßem Rechnungseingang. Die Zahlung erfolgt, falls nicht anders vereinbart oder nicht die VOB/B mitvereinbart, innerhalb von 30 Tagen netto. Soweit der AN Dokumentationen zur Verfügung zu stellen hat, setzt die Vollständigkeit der Lieferung und Leistung den Eingang dieser Unterlagen voraus, bei Mängeln behält sich der AG einen Preiseinbehalt vor.

3.5. Zahlungen bedeuten keine Anerkennung der Lieferung oder Leistung als vertragsgemäß. Werden durch den AG Rechnungsbeträge gekürzt, gilt der Einbehalt als anerkannt, wenn nicht innerhalb von 4 Wochen schriftlich dagegen Widerspruch erhoben wird.

3.6. Vereinbarte An- und Teilzahlungen werden nur aufgrund entsprechender Rechnungen geleistet.

3.7. Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte stehen dem AG im gesetzlichen Umfang zu.

3.8. Der AN darf Forderungen gegen den AG nur mit dessen vorheriger Zustimmung abtreten. Der AG wird die Zustimmung nicht unbillig verweigern.

4. Liefer- u. Leistungstermine, Lieferverzug, höhere Gewalt

4.1. Die vereinbarten Termine sind verbindlich. Maßgebend für die Einhaltung des Liefer-/Leistungstermins oder der Liefer-/Leistungsfrist ist der Eingang der Ware bzw. die Leistungserbringung bei der vom AG genannten Empfangs- bzw. Verwendungsstelle oder die Rechtzeitigkeit der erfolgreichen Abnahme.

4.2. Der AG ist unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, sobald für den AN erkennbar ist, dass die vereinbarte Lieferung bzw. Leistung nur verzögert erbracht werden kann. Wird dies erkennbar, hat der AN alle erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen, um die Einhaltung von Einzelfristen, Zwischen- und Endtermin sicherzustellen. Hierzu gehören auch Maßnahmen gegen Witterungseinflüsse einschließlich Frost und Schnee.

4.3. Im Falle des Liefer- bzw. Leistungsverzuges ist der AG berechtigt, Schadenersatz nach den gesetzlichen Bestimmungen geltend zu machen. Der AN hat dabei jedoch das Recht, dem AG den Nachweis eines geringeren Schadens zu erbringen. Weitergehende gesetzliche oder vertragliche Ansprüche bleiben vorbehalten.

4.4. Höhere Gewalt und Arbeitskämpfe befreien die Vertragspartner für die Dauer der Störung und im Umfang ihrer Wirkung von den Leistungspflichten. Die Vertragspartner sind verpflichtet, im Rahmen des Zumutbaren unverzüglich

die erforderlichen Informationen zu geben und ihre Verpflichtungen den veränderten Verhältnissen nach Treu und Glauben anzupassen.

5. Lieferung und Versand

5.1. Jeder Lieferung sind Versandpapiere mit Angabe der Bestellnummer und des Inhaltes beizufügen. Geforderte Zertifikate sind zeitgleich zu übergeben. Bei fehlenden Angaben in den Lieferpapieren bzw. fehlenden Zertifikaten lagert die Ware bis zur Übergabe der Papiere bzw. der vollständigen Angaben auf Kosten und Gefahren des AN. Bei fehlender Bestellnummer wird die Abnahme der Ware verweigert und zu Lasten des AN zurückgesandt.

5.2. Die Gefahr des zufälligen Untergangs oder von Verschlechterungen geht bei Lieferungen mit dem Eingang bei der vom AG angegebenen Versandanschrift auf den AG über. Bei Lieferungen mit Aufstellung oder Montage oder bei Leistungen geht die Gefahr mit der Abnahme auf den AG über.

5.3. Erfüllungsort für Lieferungen ist die angegebene Versandanschrift. Für Lieferungen mit Aufstellung und Montage sowie bei der Erbringung von Leistungen ist der Erfüllungsort die Verwendungsstelle.

6. Gewährleistungen/Qualitätssicherung

6.1. Der AN gewährleistet die Erbringung bzw. Ausführung seiner Lieferungen und Leistungen gemäß der vereinbarten Spezifikation fachgerecht und unter Verwendung bestgeeigneter Materialien, falls nicht anders vereinbart, entsprechend dem Stand der Technik bei Bestellung/Vertragsabschluss. Er sichert zu, dass die Lieferung und Leistung frei von Sach- und Rechtsmängeln im Sinne der §§ 434, 435, 633 BGB ist. Der AN steht dafür ein, dass die Lieferung und Leistung den gesetzlichen und behördlichen Sicherheitsbestimmungen und Umweltschutzvorschriften sowie den Vorschriften der zuständigen Berufsgenossenschaft entsprechen. Hat der AN Bedenken gegen die gewünschte Art der Ausführung, so hat er dies dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

6.2. Der AG wird dem AN offene Mängel der Lieferung/Leistung unverzüglich schriftlich anzeigen, sobald sie nach den Gegebenheiten eines ordnungsgemäßen Geschäftsablaufs festgestellt werden.

6.3. Bei Mängeln stehen dem AG uneingeschränkt die gesetzlichen Ansprüche zu.

Sofern in der Bestellung/dem Vertrag nichts anderes vereinbart ist, verjähren die Gewährleistungsansprüche gemäß §§ 438 bzw. 634a BGB.

6.4. Zur Sicherstellung der Qualität der Lieferungen und Leistungen des AN ist der AG auf seine Kosten berechtigt, während der Betriebszeit des AN Kontrollen durchzuführen. Das Ergebnis der Kontrollen ist zu protokollieren und dem AN zu übergeben. Werden Mängel, die eine Beeinträchtigung der Qualität bewirken, festgestellt, hat der AN diese innerhalb einer vom AG gesetzten angemessenen Frist zu beheben bzw. abzustellen. Kommt der AN dieser Aufforderung zur Mängelbeseitigung nicht nach, stehen dem AG die Rechte gemäß 6.3. zu.

7. Geheimhaltung/Schutzrechte

7.1. Der AN ist verpflichtet, diesen Vertrag sowie alle nicht bereits öffentlich bekannten Vorgänge, von denen er im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem AG Kenntnis erhält oder die ihm aus früherer Zusammenarbeit mit dem AG bekannt sind, Dritten gegenüber vertraulich zu behandeln.

7.2. Der AN wird etwaige Beauftragte (z.B. genehmigte Subunternehmer) und insbesondere deren beteiligte Mitarbeiter dieser Vertraulichkeitsverpflichtung unterwerfen. Für deren etwaige Vertraulichkeitsverstöße haftet der AN.

7.3. Alle im Zusammenhang mit der Leistungsvorbereitung und -durchführung erhaltenen Unterlagen sind durch den AN nach Ende der Arbeiten an den AG unaufgefordert und einschließlich ggf. gefertigter Kopien zurückzugeben. Auf Grundlage der überlassenen Informationen und Unterlagen gemachte eigene Aufzeichnungen bzw. erarbeitete eigene Unterlagen des AN sind nach Ablauf der Gewährleistungsfrist zu vernichten. Bei Rückgabe bzw. Vernichtung wird der AN die Vollständigkeit der Rückgabe erhaltener bzw. die Vernichtung gefertigter Informationen dem AG schriftlich bestätigen. Die Verpflichtung, vertrauliche Informationen zurückzugeben bzw. zu vernichten, gilt nicht für den Fall, dass der AN aufgrund gesetzlicher Vorschriften nachweislich gezwungen ist, solche Informationen zu archivieren oder an Behörden herauszugeben.

7.4. Die Verpflichtung des AN, die Vertraulichkeit zu wahren, bleibt trotz Rückgabe bzw. Vernichtung oder Archivierung der vertraulichen Informationen und Unterlagen auch nachvertraglich solange bestehen, wie die betreffenden Informationen nicht Allgemeingut, also öffentlich bekannt sind.

7.5. Der AN haftet dafür, dass mit der Lieferung oder Leistung keine Rechte Dritter verletzt werden. Wird der AG von Dritten wegen Verletzung von Rechten Dritter in Anspruch genommen, so ist der AN verpflichtet, den AG auf erstes Anfordern von diesen Ansprüchen freizustellen. Der AG ist nicht berechtigt, mit dem Dritten irgendwelche Vereinbarung (insbesondere Vergleiche) ohne Zustimmung des AN zu treffen. Die Freistellungsverpflichtung bezieht sich auch auf alle Aufwendungen, die dem AG aus oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten notwendig erwachsen.

7.6. Verfügt der AN über gewerbliche Schutzrechte an bestellten Lieferungen oder Leistungen oder Teilen davon, ist er verpflichtet, diese dem AG unter Angabe der Schutzrechtsnummer mitzuteilen.

7.7. Vom AG übergebene Unternehmensunterlagen, Konstruktionszeichnungen u. ä. verbleiben im Eigentum des AG und sind stets streng vertraulich zu behandeln. Sie dürfen Dritten ohne Zustimmung des AG nicht zugänglich gemacht werden. Bei Verletzung dieser Pflichten haftet der AN gegenüber dem AG im vollen Umfang nach den gesetzlichen Vorschriften.

8. Haftung/Sicherheiten

8.1. Die Haftung des AN richtet sich ausschließlich nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit in der Bestellung/in dem Vertrag nicht anders geregelt. Der AN verpflichtet sich, den AG gegenüber etwaigen Ansprüchen Dritter klaglos zu stellen.

8.2. Die Haftung des AG sowie seiner Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen für schuldhaft verursachte Schäden ist ausgeschlossen, soweit der Schaden nicht durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt wurde; dies gilt nicht bei

a) Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit,

b) der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, d. h. solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf (sog. Kardinalpflichten).

Im Falle einer Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, welche auf anderen Umständen als Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit beruht, beschränkt sich die Haftung auf den Schaden, den der AG bei Abschluss dieses Vertrages als mögliche Folge der Vertragsverletzung vorausgesehen hat oder unter Berücksichtigung der Umstände, die er kannte oder kennen musste, hätte voraussehen müssen. Gleiches gilt bei grob fahrlässigem Verhalten einfacher Erfüllungsgehilfen (nichtleitende Angestellte) außerhalb des Bereiches der wesentlichen Vertragspflichten sowie der Lebens-, Körper- oder Gesundheitsschäden.

8.3. Als Erfüllungs- bzw. Gewährleistungsbürgschaft werden vom AG ausschließlich unbefristete, unwiderrufliche, selbstschuldnerische Bürgschaften als Netto-Bürgschaften unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage gemäß § 771 BGB eines europäischen, als Zoll-und Steuerbürgen zugelassenen Kreditinstitutes akzeptiert.

9. Eigentumsvorbehalt

9.1. Sofern der AG dem Lieferanten Teile beistellt, behält er sich hieran das Eigentum vor.

9.2. Der Eigentumsvorbehalt erstreckt sich auch auf die durch Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung der beigestellten Teile entstehenden Erzeugnisse zu deren vollem Wert, wobei diese Vorgänge für den AG erfolgen, so dass dieser als Hersteller gilt. Bleibt bei einer Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung mit Waren Dritter deren Eigentumsrecht bestehen, so erwirbt der AG Miteigentum im Verhältnis der objektiven Werte dieser Waren.

10. Antikorruptionsklausel

10.1. Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsrechte ist der Auftraggeber gem. § 314 BGB berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter

a) aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt.

b) dem Auftraggeber oder dessen Mitarbeitern oder von diesem beauftragte Dritte, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages betraut sind, oder ihnen nahestehenden Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, anbietet, verspricht oder gewährt.

c) gegenüber dem Auftraggeber, dessen Mitarbeitern oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter §§ 299, 333, 334 StGB, 17, 18 UWG fallen.

10.2. Wenn der Auftragnehmer nachweislich Handlungen gem. Nummer 10.1 a vorgenommen hat, ist er dem Auftraggeber zu einem pauschalen Schadenersatz in Höhe von 15 v.H. der Abrechnungssumme verpflichtet, es sei denn, das ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt oder bereits erfüllt ist.

10.3. Bei nachgewiesenen Handlungen gem. Nummer 10.1. b oder 10.1. c ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 15 v.H. der Abrechnungssumme verpflichtet.

10.4. Die Ziffern 10.1. b und 10.3. finden keine Anwendung, soweit es sich um sozial adäquates Verhalten im Sinne von Nummer IV des „Rundschreibens des BMI zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken in der Bundesverwaltung vom 8. November 2004" [1] handelt.

10.5. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

11. Beachtung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes – LkSG

11.1 Der AN verpflichtet sich, im Rahmen seiner vertraglichen Leistungserbringung die menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise zu beachten mit dem Ziel, menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Risiken vorzubeugen oder sie zu minimieren oder die Verletzung menschenrechtsbezogener oder umweltbezogener Pflichten zu beenden (§§ 2, 3 LkSG).

11.2 Der AN wird seine unmittelbaren Zulieferer sorgfältig auswählen und überwachen, um auch in seiner Lieferkette sicherzustellen, dass die menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet werden. Bestehen Anhaltspunkte für einen Verstoß eines unmittelbaren Zulieferers des AN gegen menschenrechtliche oder umweltbezogene Pflichten, wird der AN den AG hierüber unverzüglich unterrichten und angemessene Abhilfemaßnahmen einleiten.

11.3 Der AN wird mit dem AG in allen Fragen der Einhaltung der menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten kooperativ zusammenarbeiten. Die Parteien werden sich hierzu regelmäßig austauschen und erforderlichenfalls Verbesserungen vereinbaren. Der AG ist verpflichtet, gegenüber Behörden und der Öffentlichkeit Angaben zu den getroffenen Maßnahmen zu machen. Auf Anforderung wird der AN den AG hierbei ohne gesonderte Vergütung unterstützen.

11.4 Der AG kann den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen, wenn der AN menschenrechtliche oder umweltbezogene Sorgfalts-pflichten schwerwiegend verletzt oder eine solche Verletzung ermöglicht, fördert oder duldet und auch nach Abmahnung mit angemessener Fristsetzung durch den AG nicht in angemessener Weise Abhilfe schafft.

11.5 Der AN hat den AG von sämtlichen gegen den AG gerichteten Ansprüchen wegen der Verletzung von menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Sorgfaltspflichten freizustellen, sofern und soweit der AN die Sorgfaltspflichtverletzung zu vertreten hat.

12. Sonstiges

12.1. Aus dem Vertragsverhältnis erhaltene Daten werden beim AG entsprechend DSGVO und Bundesdatenschutzgesetz behandelt.

12.2. Die Bestellung sowie in Realisierung befindliche oder ausgeführte Projekte des AG dürfen nicht für Werbezwecke genutzt werden. Fotografieren auf dem Gelände des AG sowie jegliche Veröffentlichung bedarf der Einwilligung des AG.

12.3. Sollten einzelne Teile dieser Bedingungen unwirksam sein oder werden, wird die Wirksamkeit der übrigen Bedingungen hierdurch nicht berührt.

12.4. Gerichtsstand für alle Klagen sowie Leistungsort für die Pflichten des AG (insbesondere für dessen Zahlungen) ist ausschließlich der Geschäftssitz des AG.

12.5. Hinsichtlich aller Ansprüche und Rechte aus einer Bestellung/einem Vertrag gilt das nicht vereinheitlichte Recht der Bundesrepublik Deutschland (BGB, HGB). Die Geltung des UN-Kaufrechts (CISG) und des deutschen internationalen Privatrechts ist ausdrücklich ausgeschlossen.

12.6. Diese Bedingungen können durch zusätzliche Bedingungen ergänzt werden.

http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwvbund_08112004_DI32101701.htm

VERARBEITUNG IHRER DATEN

INFORMATIONEN NACH ART. 13, 14 UND 21 DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG (DS-GVO)

Datenschutzhinweise für Bieter und Lieferanten der EWN GmbH

Wir informieren Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und Ihre daraus entstehenden Ansprüche und Rechte gemäß der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des neuen Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) in seiner ab dem 25. Mai 2018 gültigen Fassung.

Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den vereinbarten Dienstleistungen und Aufträgen sowie der jeweiligen Anfrage

Ihre Ansprechpartner zum Thema Datenverarbeitung

Verantwortlich ist die EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH (nachfolgend EWN GmbH genannt), Abteilung Einkauf
Latzower Straße 1
17509 Rubenow
Tel.: 038354-48401
E-Mail: einkauf@ewn-gmbh.de

Unseren betrieblichen Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter:
E-Mail: datenschutz@ewn-gmbh.de

Zweck der Datenverarbeitung

Im Folgenden erläutern wir wofür und auf welcher Rechtsgrundlage wir Ihre Daten verarbeiten.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

a. Aufgrund Ihrer Einwilligung zur Datenverarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) DS-GVO

Mit Einreichen Ihrer Anfrage- oder Angebotsunterlagen geben Sie uns Ihre Einwilligung zur Verarbeitung der Daten im Rahmen des weiteren Abstimmungs-, Auswahl- und/oder Verhandlungsprozesses zur Gestaltung des Vertrages. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

b. Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen gem. Art 6 Abs. 1 Buchstabe b) DS-GVO

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt insbesondere zur Durchführung unserer Verträge mit Ihnen bzw. zur Vertragsanbahnung, sowie aller mit dem Betrieb und der Verwaltung eines Unternehmens erforderlichen Tätigkeiten. Die weiteren Einzelheiten zum Zweck der Datenverarbeitung können Sie den jeweiligen Vertragsunterlagen entnehmen.

c. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben gem. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c) DSG-VO oder im öffentlichen Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DS-GVO

Zudem unterliegen wir diversen rechtlichen Verpflichtungen, d.h. gesetzlichen Anforderungen (z. B. Handelsrecht, Steuergesetze, Vergaberecht etc.). Soweit diesbezüglich Daten verarbeitet werden, geschieht dies ausschließlich auf Grundlage von Vorschriften.

d. Im Rahmen der Interessenabwägung gem. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f) DS-GVO

Ihre Daten können für eine Interessensabwägung zur Wahrung berechtigter Interessen unsererseits

oder von Dritten verwendet werden.
Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten. Dabei geht es in dem beschriebenen Anwendungsrahmen u. a. um

- Konsultation von und Datenaustausch mit Auskunfteien (z. B. Verband der Vereine Creditreform e.V.) zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Ausfallrisiken
- Maßnahmen zur Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten
- Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit (z.B. Zutrittskontrollen)
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts
- Anwendung zur Durchsetzung und Verteidigung rechtlicher Ansprüche und Interessen

Erhebung Ihrer Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden bei der Einreichung einer Anfrage oder eines Kaufangebots zur weiteren Verarbeitung in unser elektronisches Beschaffungs- und Vergabesystem übertragen. Folgende Daten sind verpflichtend, da ohne sie keine wirksame Vertragsanbahnung bzw. -abwicklung durchgeführt werden kann.

- Name des Ansprechpartners
- Geschäftliche Kontaktdaten
- Im Bedarfsfall ggfs. Identifikations-, Adress- und/oder weitere personenbezogene Daten zum Nachweis leistungsbezogener fachlicher Qualifikation

Nutzung Ihrer Daten

Die Nutzung Ihrer Daten erfolgt nur innerhalb der EWN GmbH. Daten werden grundsätzlich nicht an Dritte weitergegeben. Die Daten werden nur im Zusammenhang mit dem betreffenden Verfahren zur Vertragsverhandlung, -erarbeitung und -erfüllung durch die betreffenden Fachbereiche der EWN GmbH weiterverarbeitet. Sollte es für die Vertragsanbahnung bzw. -durchführung erforderlich sein, Daten an Dritte weiterzugeben, so werden diese zur Einhaltung der Vertraulichkeit gem. DS-GVO/BDSG verpflichtet. Im Rahmen der Interessenabwägung gem. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f) DS-GV können auch ausnahmsweise Daten an Dritte weitergegeben werden.

Speicherung Ihrer Daten

Die Daten werden, soweit Sie elektronisch vorliegen, auf Servern innerhalb der EWN GmbH sowie auf Servern, die ausnahmslos in Deutschland stehen, zur Verarbeitung zwischengespeichert. Daten in Papierform werden in den Räumlichkeiten der EWN GmbH aufbewahrt.

Aufbewahrungsfrist

Nach Abschluss des Vertragsverhandlungs-, Erarbeitungs-, Entscheidungsprozesses und des Vertragsvollzugs werden Ihre Daten so lange gespeichert, wie sie für den angegebenen Zweck benötigt werden. Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der Abgabenordnung (AO) ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre. Schließlich beurteilt sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die z. B. nach den §§ 195 BGB in der Regel drei Jahre, in gewissen Fällen aber auch bis zu dreißig Jahre betragen können. Sollten wir in besonderen Fällen Ihre Daten über diesen Zeitraum hinaus aufbewahren wollen, um zu einem späteren Zeitpunkt wieder Kontakt zu Ihnen aufnehmen zu können, werden wir vorab selbstverständlich eine schriftliche Einverständniserklärung von Ihnen einholen.

Widerspruchsrecht

Nach Art 21 DSG-VO haben Sie in Bezug auf Daten, die auf Grundlage des Art. 6 Buchstabe f DS-GVO erhoben wurden, jederzeit das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, Widerspruch gegen die Verarbeitung einzulegen. Machen Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch, werden Ihre Daten nicht weiterverarbeitet, es sei denn, wir weisen zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nach, die Ihren Interessen, Rechten und Freiheiten gegenüber überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung und Ausübung der Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Weitere Datenschutzrechte

Neben Ihrem Recht auf Widerspruch haben Sie gemäß den Bestimmungen der DS-GVO ein Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO, § 34 BDSG) über Ihre personenbezogenen Daten sowie deren Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO, § 35 BDSG), Einschränkung in der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO), Übertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO) und Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DS-GVO, § 19 BDSG).

Es gilt die VOL Teil B in Ihrer aktuell gültigen Fassung.

Alle Unterlagen wie beispielsweise Eigenerklärungen, Datenblätter und Nachweise zur Prüfung der Eignung und Leistung sind in deutscher Sprache einzureichen. Unterlagen, Eigenerklärungen, Datenblätter und Nachweise in anderen Sprachen können nicht bewertet werden.

Ausführung der Leistung

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Ausführung der Leistung mindestens diejenigen Mittel, Fähigkeiten, Ressourcen und Mittel (Eignungsmerkmale) einzusetzen, für die er im Zuge des Vergabeverfahrens (z.B. im Teilnahmeantrag oder im Angebot) vor Auftragserteilung angegeben hat, dass er sich ihrer zur Ausführung der Leistung bedienen will oder sie ihm zur Ausführung der Leistung zur Verfügung stehen. Das betrifft insbesondere die vom Auftragnehmer angegebenen Merkmale der beruflichen und technischen Leistungsfähigkeit. Soweit nicht etwas anderes vereinbart ist, gilt Folgendes:

a) Sofern der Auftragnehmer das Bestehen einer Haftpflichtversicherung angegeben hat, ist er verpflichtet, diese mindestens mit den angegebenen Deckungssummen während der Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten;

b) Sofern der Auftragnehmer Referenzen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungsaufträge angegeben hat, hat er die zur Ausführung der Referenzleistungen eingesetzten personellen und technischen Mittel auch bei der Auftragsausführung in einer Weise einzusetzen, die geeignet ist, die bei der Ausführung der Referenzleistungen gewonnen Erfahrungen und das dabei erworbene Know-how auf die auszuführende Leistung zu übertragen (z.B. Einsatz der Mitarbeiter mit den entsprechenden Kenntnissen und Erfahrungen);

c) Sofern der Auftragnehmer angegeben hat, dass bestimmte technische Fachkräfte oder technischen Stellen (z.B. zur Qualitätskontrolle) im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden, so hat ein entsprechender Einsatz bei der Auftragsausführung zu erfolgen;

d) Sofern der Auftragnehmer angegeben hat, dass eine bestimmte Produktionskapazität, technische Ausrüstung, eine Qualitätssicherung oder Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten bei der Leistungserbringung zur Verfügung stehen, so hat er mindestens diese bei der Auftragsausführung einzusetzen;

e) Sofern der Auftragnehmer angegeben hat, dass ein Lieferkettenmanagement- und Lieferkettenüberwachungssystem zur Verfügung steht, ist dieses mindestens in der angegebenen Qualität bei der Auftragsausführung einzusetzen;

f) Sofern der Auftragnehmer bestimmte Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über eine bestimmte Befähigung zur Berufsausübung vorgelegt hat, so sind – vorbehaltlich weitergehender oderanderslautender Vereinbarungen – die Inhaber dieser Nachweise bzw. Bescheinigungen in entsprechender Position bei der Auftragsausführung einzusetzen. Eine Auswechslung dieser Personen ist nur durch Personen mit vergleichbarer oder besserer Qualifikation und nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Auftraggebers, die nicht grundlos verweigert werden darf, möglich. Der Auftragnehmer hat außerdem für eine nach der Art des Auftrags und der Auftragsausführung angemessene Stellvertreterregelung zu sorgen;

g) Sofern der Auftragnehmer bestimmte Umweltmanagementmaßnahmen angegeben hat, hat er diese während der Auftragsausführung anzuwenden;

h) Sofern der Auftragnehmer eine durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl seines Unternehmens angegeben hat, so hat er diese unter Berücksichtigung üblicher Fluktuationen aufrecht zu erhalten, mindestens soweit dies zur Einhaltung einer im Vergabeverfahren angegebenen Mindestanforderung (Mindestbeschäftigtenzahl)sowie zu einer ordnungs- und vertragsgemäßen Auftragsausführung auch unter Berücksichtigung anderweitiger Aufträge des Auftragnehmers und Spitzen in der Arbeitsbelastung erforderlich ist;

i) Sofern der Auftragnehmer eine bestimmte technische Ausstattung, Geräte oder technische Ausrüstung angegebenen hat, über die er für die Ausführung des Auftrags verfügt, hat er diesen Bestand, auch mittels gegebenenfalls erforderlicher Neuinvestitionen, für die Auftragsausführung vorzuhalten;

j) Sofern der Auftragnehmer Bescheinigungen oder Zertifikate von Behörden oder als zuständig anerkannten Instituten (Zertifizierer) vorgelegt oder angegeben hat, hat er, wenn deren Gültigkeitszeitraum während des Vertragszeitraums abläuft, diese zu verlängern bzw. zu erneuern. Der Auftraggeber kann die Vorlage der verlängerten bzw. erneuerten Bescheinigungen und Zertifikate verlangen.

Besondere Vertragsbedingungen nach dem Bundestariftreuegesetz

1 Tariftreueversprechen nach § 3 des Bundestariftreuegesetzes

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den zur Leistungserbringung eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für die Dauer, in der sie in Ausführung des öffentlichen Auftrags oder der Konzession tätig sind, mindestens die Arbeitsbedingungen zu gewähren, die die jeweils einschlägige Rechtsverordnung nach § 5 des Bundestariftreuegesetzes festsetzt (Tariftreueversprechen).

(2) Für den Auftragnehmer folgt aus dem Tariftreueversprechen nach Absatz 1 keine Verpflichtung, soweit und solange er nicht unter den Anwendungsbereich einer Rechtsverordnung nach § 5 des Bundestariftreuegesetzes fällt.

2 Nachweispflichten und Kontrolle

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, mittels geeigneter Unterlagen zu dokumentieren, dass er sein Tariftreueversprechen nach Nummer 1 einhält. Die Dokumentationspflicht gilt nicht, wenn der Auftragnehmer nach § 10 Absatz 1 Satz 1 des Bundestariftreuegesetzes zertifiziert worden ist.

(2) Die Einhaltung der besonderen Vertragsbedingungen nach dieser Anlage wird durch die Prüfstelle Bundestariftreue (§ 8 des Bundestariftreuegesetzes) kontrolliert.

(3) Im Falle einer Kontrolle durch die Prüfstelle Bundestariftreue verpflichtet sich der Auftragnehmer,

- die Kontrolle zu dulden,
- die für die Kontrolle erheblichen Auskünfte zu erteilen,
- die nach Absatz 2 zu erstellenden Nachweise oder ein Zertifikat nach § 10 Absatz 1 Satz 1 des Bundestariftreuegesetzes sowie weitere Unterlagen auf Anforderung der Prüfstelle vorzulegen,
- die Datenverarbeitung über die Deutsche Rentenversicherung zu ermöglichen,
- auf Verlangen der Prüfstelle Bundestariftreue das Betreten der Grundstücke und der Geschäftsräume zu dulden sowie
- datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten der eingesetzten Beschäftigten zu Zwecken der Kontrolle zu erfüllen, indem er diese insbesondere über die Möglichkeit von Kontrollen unterrichtet und aufklärt.

(4) Der Auftragnehmer trägt eigene durch eine Kontrolle verursachte Kosten selbst.

3 Einsatz von Nachunternehmern und Verleihern

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, von Nachunternehmern und von ihm oder von Nachunternehmern beauftragten Verleihern zu verlangen und durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die Nachunternehmer und von ihm oder von Nachunternehmern beauftragten Verleiher ihre Pflichten nach § 4 Absatz 1 und 3 des Bundestariftreuegesetzes erfüllen.

(2) Die Verpflichtung nach Absatz 1 gilt auch dann, wenn für den Auftragnehmer selbst keine Rechtsverordnung nach § 5 des Bundestariftreuegesetzes einschlägig ist. In Bezug auf die Nachunternehmer und Verleiher gilt Nummer 1 Absatz 2 entsprechend.

(3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, mit von ihm unterbeauftragten Nachunternehmern und Verleihern die in Nummer 2 Absatz 3 geregelten Mitwirkungspflichten und die Regelung zur Kostentragung nach Nummer 2 Absatz 4 zu vereinbaren und sicherzustellen, dass eine entsprechende Vereinbarung zwischen den von den Nachunternehmern oder Verleihern beauftragten weiteren Nachunternehmern oder Verleihern getroffen wird.

4 Zivilrechtliche Sanktionen

(1) Die Parteien vereinbaren eine angemessene Vertragsstrafe in Höhe von bis zu 1 Prozent, bei mehreren Verstößen bis zu 10 Prozent des netto Auftragswertes; diese ist verwirkt, wenn die Prüfstelle Bundestariftreue einen Verstoß nach § 13 Bundestariftreuegesetz festgestellt hat. Bei der Festlegung der konkreten Vertragsstrafe durch den Auftraggeber wird vor allem die Schwere des Verstoßes gegen das Tariftreueversprechen berücksichtigt. Die Schwere des Verstoßes kann sich etwa anhand der von dem Verstoß betroffenen Anzahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, dem Grad der Abweichung von den zu gewährenden Arbeitsbedingungen oder der Schuldform des Verstoßes bemessen.

(2) Bei wiederholt durch die Prüfstelle Bundestariftreue festgestellten Verstößen nach § 13 Bundestariftreuegesetz durch den Auftragnehmer ist der Auftraggeber zur außerordentlichen fristlosen Kündigung des Auftragsverhältnisses berechtigt.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

EWN
Entsorgungswerk für Nuklearanlagen

Gemeinsames Betriebshandbuch

Teil: 5 Anlagen SSp KGR

Kapitel: A 5 Ordnung für Tätigkeiten von Fremdfirmen

Genehmigungsumfänge § 6 und § 7 AtG, § 12 Absatz 1, Nummer 3 StrlSchG in Verbindung mit § 197 StrlSchG

KGR Bl. 1 – 6, TBL ZLN, AL ZLN, GCG ZAW, DPF ZAW, ZAW/ZDW, PK BGB, LSS

Änderungsnachweis

Revisionsverzeichnis		Name	Grund der Änderung
Revision	Datum	Federführende	
01	19.07.2021	Reiner Schlör	– Redaktionelle Änderungen – Erhöhung der Seitenanzahl – Übernahme der Grüneinträge vom 03.07.2020 Antrag auf Zustimmung **GBH-056-21**

Freigabe 14.01.2022
Datum

Volker Utke
Leiter der Anlage
Fachbereichsleiter Betriebsführung

in Kraft gesetzt: 08.12.2022 (Datum) | P1TG (UPST) | Quickert, Thomas (Name, Vorname)

Zustimmung Behörde
21.11.2022

MINISTERIUM FÜR KLIMASCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT, LÄNDLICHE RÄUME UND VERBRAUCHERSCHUTZ MECKLENBURG-VORPOMMERN 24

Prüfung Sachverständige
Geprüft B. Kasper GE S. 39
Sachverständige/r der TÜV NORD EnSys GmbH & Co. KG
Hdw, 10.11.2022

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

EWN
Entsorgungswerk für Nuklearanlagen

Gemeinsames Betriebshandbuch

Teil: 5 Anlagen SSp KGR

Kapitel: A 5 Ordnung für Tätigkeiten von Fremdfirmen

Revisionsverlauf

Revision	Datum	Seitenzahl	Begründung
00	**12.04.2019**	1 – 36	– Umsetzung ins GBH – Übernahme der Grüneinträge vom 18.08.2017 – Aufnahme Unterweisung zum Energiemanagement – Redaktionelle Änderungen
Nachtrag	**29.11.2019**	1 – 38	– Einarbeitung der Ergebnisse aus dem Technischen Gespräch vom 08.08.2019 – Redaktionelle Änderungen – Erhöhung der Seitenzahl – Berücksichtigung des Hinweises aus dem Schreiben vom IM M-V vom 23.07.2019 (Az.: II 250-416-00801-2018/009-012)
2. Nachtrag	**18.03.2020**	1 – 39 geänderte Seiten 8 – 17, 19, 22 – 26, 31, 34 – 37, 39	– Erhöhung der Seitenanzahl – Berücksichtigung der Hinweise aus dem Schreiben der TNEG vom 07.01.2020 (Az.: KGR2019/0880) – Berücksichtigung des Grüneintrages vom 18. August 2017 – Redaktionelle Änderungen/Layout
01	**19.07.2021**	1 - 40	– Redaktionelle Änderungen – Erhöhung der Seitenanzahl – Übernahme der Grüneinträge vom 03.07.2020
			Geprüft B. Kaupen Sachverständige/r der TÜV NORD EnSys GmbH & Co. KG HGW, 10.11.2022

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen

Gemeinsames Betriebshandbuch

Teil: 5 Anlagen SSp KGR

Kapitel: A 5 Ordnung für Tätigkeiten von Fremdfirmen

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1	Einführung	6
2	Voraussetzungen zur Aufnahme der Tätigkeit	7
2.1	Anerkennung der betrieblichen Ordnung	7
2.2	Allgemeine Voraussetzungen	7
2.3	Zuverlässigkeitsüberprüfung gemäß § 12 b Atomgesetz	8
2.4	Kenntnisvermittlung	9
3	Zufahrtsregelungen	9
3.1	Einfahrt auf das Betriebsgelände der EWN GmbH	9
3.2	Straßenverkehr auf dem Betriebsgelände der EWN GmbH	10
3.3	Materialtransporte zum/vom und auf dem Betriebsgelände der EWN GmbH	11
4	Zugangsregelungen	12
4.1	Objektsicherungsdienst	12
4.2	Personenzugang auf das Betriebsgelände der EWN GmbH – Ausweiszone 2/3	13
4.3	Zutritts-/Benutzungsregelungen für besondere Bereiche	15
5	Kontrollbereich	15
5.1	Zugangsvoraussetzungen für den Kontrollbereich – Ausweiszone 1	15
5.1.1	Einsatz von beruflich exponierten Personen	15
5.1.1.1	Anmeldung in der Personendosimetrie der OE Strahlenschutz	16
5.1.1.2	Abmeldung in der Personendosimetrie der OE Strahlenschutz	17
5.1.2	Einsatz von nicht beruflich exponierten Personen	17
5.1.3	An-/Abmeldung in der Personendosimetrie der OE Strahlenschutz.	17
5.1.4	Entgegennahme/Abgabe der Spindschlüssel	17
5.2	Personenzugang zu den Kontrollbereichen	18
5.3	Verhalten im Kontrollbereich	18
5.3.1	Einbringen von Material in den Kontrollbereich	19
5.3.2	Ausbringen von Material aus dem Kontrollbereich	20

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Fortsetzung Inhaltsverzeichnis

		Seite
5.3.3	Behandlung von kontaminierten Werkzeugen und Geräten der Auftragnehmer	21
6	**Beauftragung und Auftragsdurchführung**	**21**
6.1	**Beauftragung von Fremdfirmen**	**21**
6.2	**Auftragsdurchführung/Projektabwicklung**	**22**
7	**Verantwortlichkeiten bei der Auftragsdurchführung**	**24**
7.1	**Auftragsverantwortliche Person der Fremdfirmen**	**24**
7.2	**Aufsichtsführende Person der Fremdfirmen vor Ort**	**24**
7.3	**Koordinator/in der EWN GmbH**	**25**
8	**Arbeitsorganisation**	**26**
8.1	**Allgemeines**	**26**
8.2	**Unterbringung/Verpflegung**	**26**
8.3	**Sauberkeit am Arbeitsplatz**	**27**
8.4	**Sicherung gegen Diebstahl und Verlust**	**27**
8.5	**Lagerung gefährlicher sowie leicht brennbarer Arbeitsstoffe**	**27**
8.6	**Schweißen, Schneiden und verwandte Arbeitsverfahren**	**28**
8.7	**Gerüstbau**	**29**
9	**Brandschutz/Arbeitsschutz/Arbeitssicherheit**	**29**
9.1	**Allgemeine Arbeitsschutzregelungen**	**29**
9.2	**Arbeitsschutzkleidung und persönliche Schutzausrüstung**	**30**
9.3	**Erste Hilfe**	**31**
9.4	**Unfallmeldungen**	**32**
9.5	**Rauchverbote, Verbot für den Umgang mit offenem Feuer und offenem Licht**	**32**
9.6	**Verbot von Suchtmitteln sowie Maßnahmen der Suchtprävention (GBV 1/2019)**	**32**
9.7	**Brandschutz**	**33**
9.7.1	Alarmsignalisierung	33

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Fortsetzung Inhaltsverzeichnis

		Seite
9.7.2	Übersicht der Alarmsignale gemäß Alarmordnung	33
9.7.3	Verhalten bei Auslösung von betrieblichen Alarmen	34
10	**Umwelt-/Gewässerschutz**	**35**
10.1	**Abfall-/Reststoffentsorgung**	**35**
10.2	**Hausmüll/Papier und Pappe**	**36**
10.3	**Bauschutt/Erdaushub**	**36**
10.4	**Gewässerschutz**	**37**
11	**Anlagenverzeichnis**	**38**
	Anlage 1 Anzuwendende Formblätter	39

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

1 Einführung

Diese Ordnung regelt die allgemeinen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zwischen der EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH und den auf dem Betriebsgelände Standort Lubmin/Rubenow tätigen Fremdfirmen, nachfolgend Auftragnehmer (AN) genannt. Die Anweisungen dieser Ordnung gelten auch für die vom AN eingesetzten Subunternehmer bzw. für, vom AN beauftragte Dritte, die auf dem Betriebsgelände der EWN GmbH tätig werden.

In dieser Ordnung sind alle Anweisungen zusammengefasst, die die Sicherheit von Personen und Sachgütern auf dem Betriebsgelände der EWN GmbH am Standort Lubmin/Rubenow gewährleisten sollen. Diese Anweisungen stützen sich auf Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, behördliche Genehmigungen, Anordnungen und Auflagen sowie auf allgemein anerkannte Regeln der Technik.

Weitere zu beachtende Vorschriften sind unter anderem:

- Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG)
- DGUV Vorschrift 1, Unfallverhütungsvorschrift – "Grundsätze der Prävention"
- DGUV Information 215-830 "Zusammenarbeit mit Unternehmen im Rahmen von Werkverträgen"
- DGUV Information 211-006 "Sicherheit und Gesundheitsschutz durch Koordinieren"
- Baustellenverordnung (BaustellV)

Die EWN GmbH ist als Auftraggeber (AG) gleichzeitig Bauherr von geplanten Baumaßnahmen.

Bei der Zusammenarbeit von Fremdfirmen und der der EWN GmbH wird ein/e Koordinator/in mit Weisungsbefugnis seitens der EWN GmbH eingesetzt. (siehe auch Seite 24 - 25, Pkt. 7.3)

Jeder in der EWN GmbH tätige AN hat das von ihm eingesetzte Personal vor Arbeitsaufnahme über die Ordnung für Tätigkeiten von Fremdfirmen schriftlich zu unterweisen.

Die in dieser Unterlage verwendeten Abkürzungen sind im GBH, Teil 0, Pkt. 7 "Abkürzungsverzeichnis GBH" benannt.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Die genannten Kapitel des GBH gelten erst nach deren behördlicher Zustimmung und der Ablösung der ursprünglichen Kapitel des BHB Bl. 1 – 6, BHB ZLN und der BR ZLN. Der aktuelle Stand wird in der Transferliste (Anhang zum GBH, Teil 0) angezeigt.

Alle in dieser Unterlage aufgeführten Formblätter, einschließlich der ggf. dazugehörigen Ausfüllvorschriften, sind dem Formblattkatalog zu entnehmen.

2 Voraussetzungen zur Aufnahme der Tätigkeit

2.1 Anerkennung der betrieblichen Ordnung

Dem AN wird bei der Angebotsaufforderung, spätestens bei der Auftragserteilung, die "Ordnung für Tätigkeiten von Fremdfirmen" ausgehändigt. Mit der Vertragsunterzeichnung erkennt der AN vorbehaltlos die Ordnung an und sichert deren Einhaltung zu.

2.2 Allgemeine Voraussetzungen

Die EWN GmbH besitzt ein Energiemanagementsystem nach ISO 50001. Das Personal des AN muss dahingehend unterwiesen werden, die energiebezogene Leistung zu verbessern, die Energieeffizienz zu erhöhen und die Energienutzung zu optimieren.

Der AN unterliegt den Reglungen des GBH, Teil 1, Kap. 1.3 "Instandhaltungsordnung" der EWN GmbH.

Die Instandhaltungsordnung regelt das Verfahren zur Vorbereitung und Durchführung von Wartungs-, Instandsetzungs- und Änderungsarbeiten. Sie soll sicherstellen, dass bei der Durchführung solcher Arbeiten keine Gefährdung von Personen oder eine Beeinträchtigung der Anlagensicherheit eintritt. Zur Erreichung dieses Zieles ist für die Auftragserteilung sowie Genehmigung und Durchführung dieser Arbeiten ein Arbeitserlaubnisverfahren eingeführt worden.

Das Arbeitserlaubnisverfahren beinhaltet sämtliche Voraussetzungen, die für die Aufnahme der jeweiligen Arbeiten erforderlich sind.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Der AN hat dafür zu sorgen, dass sich sein Personal den Weisungen zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung fügt und sich dem Kontrollverfahren unterwirft.

Der AN ist verpflichtet, seine zur Ausführung der Instandhaltungsarbeiten im Überwachungsbereich benötigten Werkzeuge, Hilfs- und Arbeitsmittel, sowie persönlichen Schutzausrüstungen (PSA) selbst bereit zu stellen. Diese müssen sich in einem sicherheitstechnisch einwandfreien Zustand befinden und aktuell geprüft sein.

2.3 Zuverlässigkeitsüberprüfung gemäß § 12 b Atomgesetz

Für die Aufnahme der Tätigkeiten im Zwischenlager Nord (ZLN) und in der Ausweiszone 1 (siehe auch Seite 15) des Betriebsgeländes der EWN GmbH ist für das Personal des AN gemäß § 12 b Atomgesetz eine Zuverlässigkeitsüberprüfung erforderlich. Entsprechend der Atomrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungs-Verordnung (AtZÜV) wird die Kategorie der Zuverlässigkeit in Abhängigkeit der Arbeitsbereiche und die durch den AN auszuführenden Tätigkeiten festgelegt.

Eine Überprüfung der Zuverlässigkeit der Kategorie 2 ist ausreichend, sofern die Arbeitsaufgabe, der Arbeitsumfang und der Arbeitsort für Tätigkeiten detailliert vorgegeben sind und diese kontinuierlichen Kontrollen unterliegen. Für Tätigkeiten, die nicht diesem Regelfall entsprechen und sich auf die Gesamtanlage erstrecken, ist die Überprüfung der Zuverlässigkeit der Kategorie 1 erforderlich. Dies sind Tätigkeiten, die umfassende Kenntnisse über anlagen- und prozesstechnische Zusammenhänge voraussetzen, oder die aufgrund des spezifischen Aufgabengebietes einen uneingeschränkten Zugang zu sicherungsrelevanten Bereichen erforderlich machen. In diese Kategorie sind z. B. Arbeiten im Inneren Sicherheitsbereich des ZLN und die Tätigkeiten der Angehörigen des Objektsicherungsdienstes einzustufen.

Der AN hat dafür zu sorgen, dass die Zuverlässigkeit seines in der EWN GmbH zum Einsatz kommenden Personals vor der Arbeitsaufnahme entsprechend der erforderlichen Kategorie abschließend überprüft wurde. Mit Vertragsunterzeichnung veranlasst der AN die Prüfung der Zuverlässigkeit seines Personals, sodass diese bei Aufnahme der Tätigkeit vorliegt.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Für die, zur Überprüfung des Personals, entstehenden Kosten ist mit der EWN GmbH eine Vereinbarung zur Verrechnung abzuschließen. Ansprechpartner ist die OE Sicherheit.

Wurde für das Personal des AN in einer anderen kerntechnischen Anlage der Bundesrepublik Deutschland eine Zuverlässigkeitsüberprüfung gemäß § 12 b Atomgesetz durchgeführt, so kann auf eine erneute Überprüfung unter der Voraussetzung der Vorlage einer schriftlichen Bestätigung des/der Objektsicherungsbeauftragten (OBe) der anderen kerntechnischen Anlage in Form einer Quermeldung gegenüber der OE Sicherheit der EWN GmbH verzichtet werden. Die Vorlage der Bestätigung ist durch den AN zu veranlassen.

2.4 Kenntnisvermittlung

Zur Erfüllung der "Richtlinie über die Gewährleistung der notwendigen Kenntnisse der beim Betrieb von Kernkraftwerken sonst tätigen Personen" (Bek. d. BMU vom 30.11.2000) muss jede innerhalb des ZLN, sowie der Ausweiszonen 1, 2 und in ausgewählten Bereichen der Zone 3 der kerntechnischen Anlage tätig werdende Person, eine bestimmte Kenntnisstufe besitzen. Die Kenntnisvermittlung ist durch den AN auf der Basis der o. g. Richtlinie nachzuweisen und der EWN GmbH zu übergeben.

Die anlagenbezogene Unterweisung für das Personal des AN erfolgt durch den/die Koordinator/in der EWN GmbH und ggf. durch die/den Strahlenschutzbeauftragte/n (SSB) der EWN GmbH oder eine von ihm/ihr beauftragten Person.

3 Zufahrtsregelungen

3.1 Einfahrt auf das Betriebsgelände der EWN GmbH

Das Einfahren auf das Betriebsgelände regelt das GBH, Teil 1, Kap. 1.5 "Wach- und Zugangsordnung" und ist anzuwenden.

Zum Einfahren, z. B. bei Materiallieferungen, benötigt der AN eine Einfahrberechtigung für sein Fahrzeug und für sich eine Zutrittsberechtigung laut Pkt. 3.3 und 4.2 dieser Ordnung.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Erfolgt mindestens 24 h vor Anlieferung der Waren eine Information an die OE Sicherheit der EWN GmbH, so ist diese Einfahrberechtigung bei Anlieferung der Materialien am Ausweiskontrollpunkt 1 erhältlich.

Öffnungszeiten:
AKP 1: Montag bis Donnerstag von 06:30 Uhr bis 16:00 Uhr, Freitag von 06:30 Uhr bis 13:30 Uhr
ZLN-Ausweisbüro: Montag bis Donnerstag von 06:00 Uhr bis 19:00 Uhr, Freitag von 06:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Eine Einfahrt ohne vorherige Anmeldung wird von einer Fachkraft der EWN GmbH begleitet.

Alle Kraftfahrzeuge werden stichprobenartig bei der Ein- und Ausfahrt durch den OSD kontrolliert. Auf Verlangen sind Behältnisse, Kofferraum, Motorhaube usw. zu öffnen.

3.2 Straßenverkehr auf dem Betriebsgelände der EWN GmbH

Alle Personen, die ein Fahrzeug führen, müssen für die Fahrzeugklasse einen gültigen Führerschein besitzen.

Die zulässige Höchstgeschwindigkeit beträgt auf dem gesamten Betriebsgelände 30 km/h.

Auf dem Betriebsgelände der EWN GmbH gelten die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung.

Das Fahren auf dem Betriebsgelände wird im OHB Kap. II/1.3 "Werkstraßenverkehrsordnung" geregelt und ist anzuwenden.

Das Parken ist nur auf den ausgewiesenen Parkplätzen gestattet und wird im OHB Kap. II/1.5 "Parkordnung der EWN GmbH am Standort Lubmin/Rubenow" geregelt.

Tore und Durchgänge sind für den Verkehr freizuhalten. Insbesondere dürfen gekennzeichnete Rettungswege/Feuerwehrzufahrten sowie die Zufahrten und Eingänge an den Gebäuden nicht durch Fahrzeuge oder Gegenstände versperrt werden.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Flurförderzeuge (Gabelstapler), Elektrokarren und Hubarbeitsbühnen dürfen auf dem Betriebsgelände nur von Personen geführt werden, die im Besitz eines Fahrausweises/Berechtigungsscheines für motorisch angetriebene Flurförderzeuge sind und eine schriftliche Beauftragung vom AN besitzen.

Das Waschen und Reparieren von Kraftfahrzeugen auf dem Betriebsgelände ist untersagt. In Ausnahmefällen sind kleine Reparaturen (z. B. Reifenwechsel) möglich. Dem/der Koordinator/in der EWN GmbH ist der Vorgang zu melden.

Verunreinigungen der Straßen durch den AN sind unverzüglich von ihm zu beseitigen. Dem/der Koordinator/in der EWN GmbH ist der Vorgang zu melden.

Beschädigungen der Straßen durch den AN sind unverzüglich dem/der Koordinator/in der EWN GmbH zu melden. Die Reparatur der Schäden wird durch die EWN GmbH auf Kosten des AN veranlasst.

3.3 Materialtransporte zum/vom und auf dem Betriebsgelände der EWN GmbH

Für den einmaligen betrieblichen Transport, z. B. bei Materialanlieferungen wird ein Materialpassierschein und eine Einfahrberechtigung für das Fahrzeug benötigt.

Der Antrag auf "Einfahrberechtigung für das Betriebsgelände der EWN GmbH, (FMBL 0106 P1UO), sowie das Formblatt "Materialpassierschein KGR/ZLN, (FMBL 0539 P1UO), ist vom AN zu verwenden.

Grundlage zum Ausstellen des MPS ist der Lieferschein.

Alle Materialien, die auf das bzw. vom Betriebsgelände verbracht werden, unterliegen der Zugangskontrolle.

Materiallieferungen in die EWN GmbH erfolgen gemäß der Lagerrichtlinie Kap. III/6.2 des OHB und werden grundsätzlich zum Wareneingang (WE) transportiert, dort vereinnahmt und ggf. weitergeleitet.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Der Materialtransport ins ZLN erfolgt gemäß der Lagerrichtlinie Kap. III/6.2 mit dem innerbetrieblichen Transport.

Warenanlieferungen können Montag bis Donnerstag von 07:00 Uhr bis 15:00 Uhr und Freitag von 07:00 Uhr bis 12:00 Uhr erfolgen.

Für mehrfache Materialanlieferungen bzw. bei Erfordernis einer ständigen innerbetrieblichen Transportgenehmigung ist diese bei der OE Sicherheit mindestens zwei Tage vorher schriftlich zu beantragen.

Kann der AN den Transport zum WE nicht mit eigenen Mitteln realisieren, bzw. benötigt hierzu Einrichtungen und ggf. Hilfskräfte der EWN GmbH, so ist das mit den Mitarbeitenden vom WE (Tel. 038354 4-8310) oder mit dem/der Koordinator/in der EWN GmbH abzustimmen.

Bei Materialtransporten aus dem Überwachungsbereich ist zusätzlich das Formblatt "Bescheinigung für das Herausbringen von Materialien bzw. Anlagen oder Teilen" FMBL 0163 P1US) erforderlich.

Die Kontaminationsfreiheit bestätigt die OE Strahlenschutz auf den Formblättern:

- FMBL 0334 P1US "Bestätigung der Kontaminationsfreiheit entsprechend BAW 24/95"
- FMBL 0628 P1US "Bescheinigung für das Herausbringen von Materialien bzw. Anlagen oder Teilen (Überwachungsbereich)"

4 Zugangsregelungen

4.1 Objektsicherungsdienst

Der Objektsicherungsdienst (OSD) der EWN GmbH ist beauftragt, die allgemeinen Hausrechte wahrzunehmen. In Ausübung dieser Hausrechte und in Ausführung von Vorschriften der Objektsicherung ist der OSD gegenüber allen auf dem Betriebsgelände der EWN GmbH anwesenden Personen weisungsbefugt.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

4.2 Personenzugang auf das Betriebsgelände der EWN GmbH – Ausweiszone 2/3

Der Zugang zum Betriebsgelände der EWN GmbH, einschließlich der zum ZLN erfolgt über die Latzower Straße. Anlaufpunkte sind das Ausweisbüro am Außenkontrollpunkt (AKP) 1 der EWN GmbH bzw. die innere Wache im ZLN-Wachgebäude.

Das Gelände der EWN GmbH dürfen ausschließlich nur Personen betreten, die eine gültige Zutrittsberechtigung besitzen.

Diese sind:

- ein gültiger Werksausweis oder
- ein Besucherausweis mit Passierschein für Besucher

Ausweis-, Besucherausweis- und Passierscheininhaber/innen verpflichten sich bei Erhalt der Zutrittsberechtigung mit ihrer Unterschrift, die in der EWN GmbH geltenden Sicherheitsbestimmungen zu beachten und einzuhalten.

Der AN hat für die Ausstellung eines Werksausweises für das Personal, das er auf dem Betriebsgelände der EWN GmbH beschäftigen möchte, die Zutrittsberechtigung der EWN GmbH mindestens 2 Werktage vor Arbeitsaufnahme bei der OE Sicherheit zu beantragen. Die Werksausweise werden im Ausweisbüro am AKP 1 der EWN GmbH bzw. in der inneren Wache im ZLN-Wachgebäude ausgehändigt. Hierbei ist der gültige Personalausweis der betreffenden Personen des AN vorzulegen. Der Werksausweis ist unaufgefordert und unverzüglich nach Beendigung der Tätigkeit zurückzugeben.

Die Werksausweise sind offen und sichtbar zu tragen. Ausweise sowie die entsprechenden Zutrittsgenehmigungen sind nicht übertragbar.

Bei der Beantragung der Zutrittsberechtigung sind die entsprechenden Formblätter FMBL 0244 P1UO "Antrag auf Zutrittsberechtigung (KGR)", FMBL 0044 P1UO "Antrag auf Zutrittsberechtigung ZLN" oder FMBL 0283 P1UO "Antrag auf Zutrittsberechtigung Besucherroute Block 6" zu verwenden, die entsprechende Ausweiszone ist zu benennen.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Folgende Werksbereiche (Ausweiszonen) werden unterschieden:

- Äußerer Werksbereich (Ausweiszone 3)
- Innerer Werksbereich (Ausweiszone 2)
- Kontrollbereiche der Blöcke 1 – 5, der Zentralen Aktiven Werkstatt (ZAW) und der Zentralen Dekontaminations- und Wasseraufbereitungsanlage (ZDW) (Ausweiszone 1)
- ZLN (Äußerer Sicherungsbereich ohne Kontrollbereich)
- ZLN (Äußerer Sicherungsbereich mit Kontrollbereich - Halle 1 – 7 und Caisson 1 – 4)
- ZLN (Innerer Sicherungsbereich mit Kontrollbereich - Halle 8 und Caisson 5)
- ZLN (Innerer Sicherungsbereich - Innere Wache und Sicherungszentrale)

Ist bei der Beantragung der Zutrittsberechtigung keine Ausweiszone angegeben, wird nur die Zugangsberechtigung für die Ausweiszone 3 (äußerer Werksbereich) erteilt.

Die Zugangsberechtigung für einen anderen Werksbereich ist erneut zu beantragen. Personen, die das Betriebsgelände der EWN GmbH betreten, einschließlich der mitgeführten Gegenstände und Materialien, unterliegen den im GBH, Teil 1, Kap. 1.5 "Wach- und Zugangsordnung" festgelegten Regelungen.

Die Entnahme von jeglichen Materialien/Gegenständen etc. vom Betriebsgelände ist verboten.

Das Erstellen von Bild- und Tonaufnahmen mit Hilfe von Informationsspeichern und Übertragungstechnik ist auf dem gesamten Betriebsgelände nur mit Genehmigung der EWN GmbH gestattet.

Die Genehmigung von Bild- und Tonaufnahmen auf dem ZLN-Gelände wird von dem/der OBe erteilt.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Personen werden beim Zu- und/oder Ausgang stichprobenartig durch den OSD kontrolliert.

4.3 Zutritts-/Benutzungsregelungen für besondere Bereiche

Das Betreten von Betriebsanlagen, wie z. B. Bereitstellungsflächen, Montage-, Lager- und Bauplätzen, sowie das Betreten von Bau- und Montagegerüsten, die nicht zum Arbeitsbereich des AN gehören, ist verboten. Insbesondere ist die Entnahme von jeglichen Materialien/Gegenständen etc. aus den Betriebsanlagen verboten.

Krananlagen, Montagemasten, Baustellenaufzüge, Hebezeuge, Maschinen, Geräte, Bagger, Fahrzeugen etc. dürfen unbefugt nicht benutzt werden. Die Benutzungserlaubnis für diese Anlagen ist bei der EWN GmbH bzw. dem jeweiligen Eigentümer schriftlich einzuholen.

An Maschinen, Apparaturen und anderen Betriebseinrichtungen dürfen Eingriffe ausschließlich von Personen vorgenommen werden, die mit deren Bedienung, Benutzung, Wartung oder Überwachung vertraut und beauftragt sind.

5 Kontrollbereich

5.1 Zugangsvoraussetzungen für den Kontrollbereich – Ausweiszone 1

Zur Durchführung von Tätigkeiten im Kontrollbereich sind grundsätzlich beruflich exponierte Personen des AN im Sinne § 5, Abs. 7 des StrlSchG einzusetzen. In Ausnahmefällen können Tätigkeiten im Kontrollbereich auch von nicht beruflich exponierten Personen ausgeführt werden. Die Entscheidung trifft der/die SSB der EWN GmbH am Standort Lubmin/Rubenow im Einzelfall.

5.1.1 Einsatz von beruflich exponierten Personen

Der AN muss eine Genehmigung zur Tätigkeit in fremden kerntechnischen Anlagen oder Einrichtungen gemäß § 25 StrlSchG bzw. § 15 StrlSchV (alt) besitzen. Die Genehmigung nach § 15 StrlSchV (alt) hat nach § 202 StrlSchG eine Gültigkeit bis zum im Bescheid festgelegten Datum, längstens aber bis zum 31.12.2023.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Danach ist für die Beschäftigung in fremden Anlagen oder Einrichtungen eine Genehmigung nach § 25 StrlSchG erforderlich. Diese wird von der für den AN zuständigen Aufsichtsbehörde erteilt.

Eine Kopie dieser Genehmigung ist der OE Strahlenschutz der EWN GmbH am Standort Lubmin/Rubenow vorzulegen.

Vor Beginn der Tätigkeiten im Kontrollbereich ist zwischen dem Genehmigungsinhaber und der EWN GmbH eine schriftliche Vereinbarung über organisatorische und administrative Maßnahmen zur Gewährleistung des Strahlenschutzes sowie über die Abgrenzung der Aufgaben von Strahlenschutzbeauftragten abzuschließen (Abgrenzungsvertrag).

5.1.1.1 Anmeldung in der Personendosimetrie der OE Strahlenschutz

Die Personendosimetrie befindet sich im Verwaltungsgebäude I, Raum E 01.

Der Anmeldevorgang umfasst:

- Abgabe des behördlich registrierten und vollständig ausgefüllten Strahlenpasses
- Vorweisen des amtlichen Dosimeters und ggf. Entgegennahme von Zusatzdosimetern der EWN GmbH
- Inkorporationseingangskontrolle
- Teilnahme an anlagenbezogener Unterweisung nach § 63 StrlSchV, die u. a. auch die Verfahrensweise zum Zugang zum jeweiligen Kontrollbereich beinhaltet
- Entgegennahme der Spindschlüssel (erfolgt in Abhängigkeit des zu betretenden Kontrollbereiches nach Punkt 5.1.3)

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

5.1.1.2 Abmeldung in der Personendosimetrie der OE Strahlenschutz

Der Abmeldevorgang umfasst:

- Abgabe ggf. ausgehändigter Zusatzdosimeter der EWN GmbH
- Inkorporationsausgangskontrolle
- Abgabe der Spindschlüssel (erfolgt in Abhängigkeit des zu verlassenden Kontrollbereiches nach Punkt 5.1.4.)
- Empfang des Strahlenpasses

5.1.2 Einsatz von nicht beruflich exponierten Personen

Wenn sichergestellt werden kann, dass bei Tätigkeiten von Fremdpersonal der Grenzwert der effektiven Dosis von 1 mSv im Kalenderjahr nicht überschritten wird, kann der/die SSB der EWN GmbH einer Tätigkeit ohne Genehmigung nach § 15 StrlSchV (alt) oder § 25 StrlSchG (neu) zustimmen.

Zwischen dem AN und der EWN GmbH ist ein "Vertrag zum Strahlenschutz bei Tätigkeiten von nicht beruflich exponierten Personen im Kontrollbereich der EWN GmbH" abzuschließen.

5.1.3 An-/Abmeldung in der Personendosimetrie der OE Strahlenschutz.

Der An-/Abmeldevorgang umfasst: siehe Seite 16, Pkt. 5.1.1.1 und Seite 17, Pkt. 5.1.1.2
Die Personendosimetrie befindet sich im Verwaltungsgebäude I, Raum E 01.

5.1.4 Entgegennahme/Abgabe der Spindschlüssel

Beim Zugang zum Kontrollbereich der Blöcke 1 – 5 über die Schleuse des GSG erfolgt die Entgegennahme und Abgabe der Spindschlüssel bei der An- bzw. Abmeldung in der Personendosimetrie im Verwaltungsgebäude I, Raum E 01.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Beim Zugang zum Kontrollbereich der ZAW/ZDW erfolgt die Entgegennahme und Abgabe der Spindschlüssel im Strahlenschutzbüro der ZAW/ZDW, Raum 155. Die Spindschlüssel für Tagesschränke sind an den Schränken zu finden und nach Beendigung der täglichen Arbeit stecken zu lassen.

Beim Zugang zum Kontrollbereich des ZLN erfolgt die Entgegennahme und Abgabe der Spindschlüssel im Wachgebäude mit Personalschleuse, Raum ZWF PP 112.

5.2 Personenzugang zu den Kontrollbereichen

Der Zugang zu den Kontrollbereichen im ZLN, der ZAW/ZDW und den Blöcken 1 – 5 erfolgt über eine Zutrittskontrollanlage. Für die dort installierten Ausweisleser wird ein Werksausweis (Magnetkarte Zone 1, roter Ausweis) benötigt.

Die Verfahrensweise für die Zugänge in die Kontrollbereiche erfolgt neben den Regelungen des GBH, Teil 1, Kap. 1.5, "Wach- und Zugangsordnung" auch durch die Regelungen des GBH, Teil 1, Kap. 1.4 "Strahlenschutzordnung", Anlage 10 "Betreten und Verlassen der Kontrollbereiche".

5.3 Verhalten im Kontrollbereich

Das Verhalten im Kontrollbereich wird im GBH, Teil 1, Kap. 1.4 "Strahlenschutzordnung" geregelt und ist anzuwenden.

Den Weisungen des Strahlenschutzpersonals ist unbedingt Folge zu leisten.

Der AN ist dafür verantwortlich, dass sein im Kontrollbereich tätiges Personal diese Bestimmungen einhält. Dazu gehört das Tragen der Personendosimeter (amtliches und nichtamtliches Dosimeter). Die Dosimeter sind in der linken oberen Brusttasche zu tragen. Bei Verlust eines Dosimeters im Kontrollbereich ist das Strahlenschutzpersonal unverzüglich zu verständigen.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Generell gilt:

- Personen, die das erste Mal im Kontrollbereich tätig sind, sind vor Aufnahme der Tätigkeit von dem/der zuständigen SSB oder stellvertretend einer von ihm/ihr benannten Person zu unterweisen

- Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen im Kontrollbereich ohne behördliche Ausnahmegenehmigung nicht tätig werden

- Schwangeren und/oder stillenden Frauen ist das Betreten des Kontrollbereiches verboten

- Der Kontrollbereich ist ausschließlich nur mit der, von der OE Strahlenschutz, vorgegebenen Schutzkleidung zu betreten. Vor dem Betreten des Kontrollbereiches ist grundsätzlich ein kompletter Kleidungswechsel zu vollziehen, eine Ausnahme bilden die Hallen 1 – 8 im ZLN. Beim Verlassen dieses Bereiches ist die Schutzkleidung wieder auszuziehen und in die vorgesehenen Behälter zu legen.

- Vor Verlassen des Kontrollbereiches haben sich alle Personen einer Kontaminationskontrolle zu unterziehen. Wird dabei Kontamination festgestellt, die nicht durch einfaches Waschen entfernt werden kann, ist unverzüglich das Strahlenschutzpersonal zu verständigen, dessen Nachprüfungen und Maßnahmen abzuwarten sind. Die Telefonnummer der OE Strahlenschutz ist in der Nähe der Monitore ausgewiesen.

- Die Mitnahme von Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken, Kosmetika und privaten Gegenständen in den Kontrollbereich ist verboten

5.3.1 Einbringen von Material in den Kontrollbereich

In den Kontrollbereich dürfen grundsätzlich nur, für die Tätigkeit notwendige, mit der EWN GmbH abgestimmte Materialien, Werkzeuge sowie Hilfs- und Arbeitsmittel eingebracht werden. Sie sind so zu handhaben, dass sie möglichst nicht kontaminiert werden.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Der AN hat vor Beginn der Arbeiten mit dem AG zu klären, welche Werkzeuge und Hilfsmittel aus dem Kontrollbereichsbestand der EWN GmbH zum Einsatz gebracht werden können.

Das unnötige Einschleusen von Materialien, Werkzeugen und Hilfsmitteln ist in jedem Fall zu vermeiden.

Können keine Werkzeuge/Hilfsmittel im Kontrollbereich durch die EWN GmbH zur Verfügung gestellt werden, ist ein Antrag für das Einbringen von beweglichen Gegenständen in den Kontrollbereich beim Strahlenschutzpersonal zu stellen. Das Formblatt (FMBL 0157 P1US) ist zu verwenden.

Verpackungsmaterial wie Holz, Pappe, Plast- oder Schaumstoffe dürfen nicht in den Kontrollbereich eingebracht werden. Gleiches gilt für Gestelle und Vorrichtungen, die keine dekontaminationsfähige Oberfläche aufweisen. Ausnahmen sind mit dem/der SSB, oder einer von ihm/ihr benannten Person der EWN GmbH abzustimmen.

Bewegliche Gegenstände, z. B. Kameras, werden nach BAW 22/2003 einer radiologischen Eingangsmessung unterzogen.

5.3.2 Ausbringen von Material aus dem Kontrollbereich

Alle Gegenstände, die den Kontrollbereich verlassen, sind nach BAW 22/2003 einer radiologischen Ausgangskontrolle zu unterziehen. Diese Überprüfung erfolgt durch die OE Strahlenschutz der EWN GmbH am Standort Lubmin/Rubenow.

Der AN beantragt das Herausbringen von Materialien bzw. Anlagen oder Teilen bei der OE Strahlenschutz. Das Formblatt (FMBL 0163 P1US) ist zu verwenden.

Ergeben die Messungen, dass mit den Gegenständen gemäß der StrlSchV genehmigungs- und anzeigefrei umgegangen werden darf und dass die Oberflächenkontamination und die Aktivierung unter den festgelegten Grenzwerten liegen, werden die Gegenstände von der OE Strahlenschutz freigegeben.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Liegt die Oberflächenkontamination über den in der StrlSchV festgelegten Grenzwerten oder ist nicht auszuschließen, dass die Grenzwerte für den genehmigungs- und anzeigefreien Umgang überschritten werden, erfolgt keine Freigabe.

5.3.3 Behandlung von kontaminierten Werkzeugen und Geräten der Auftragnehmer

Im Falle einer Kontamination von Werkzeugen und Geräten ist die Dekontamination zu veranlassen. Dekontaminationsarbeiten am Standort Lubmin/Rubenow werden grundsätzlich durch das Fachpersonal der EWN GmbH, oder durch Personen unter dessen Aufsicht, ausschließlich in den dafür vorgesehenen Einrichtungen, ausgeführt.

Für Gegenstände, die nicht dekontaminiert werden können und deswegen im Kontrollbereich verbleiben müssen, treffen der AN und die EWN GmbH gesonderte Vereinbarungen. Vereinbart werden kann z. B. der Verbleib in der EWN GmbH mit einer Übernahme durch die EWN GmbH zum Zeitwert der Gegenstände, oder die Überführung in einen anderen Kontrollbereich.

6 Beauftragung und Auftragsdurchführung

6.1 Beauftragung von Fremdfirmen

Die Beauftragung von Fremdfirmen erfolgt auf der Basis von:

1. Werkverträge zu konkreten Projekten/Objekten

Für den Bedarf von konkreten Leistungen können Werkverträge mit Fremdfirmen abgeschlossen werden. Greift die Leistungserbringung von Fremdfirmen **nicht** in ein Betriebssystem der EWN GmbH ein, kann ohne Leitwegformular (LWF) gearbeitet werden. Greift die Leistungserbringung von Fremdfirmen in ein Betriebssystem der EWN GmbH ein, **muss** ein LWF ausgestellt werden. Die Bearbeitung des LWF regelt das GBH, Kap. 1.3 "Instandhaltungsordnung", Pkt. 8.1.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Für technische und organisatorische Fragen benennt die EWN GmbH am Standort Lubmin/Rubenow ein/e Koordinator/in, i.d.R. ein/e Fachingenieur/in aus der system-/komponentenzuständigen OE. Er/sie ist Ansprechpartner/in für die auftragsverantwortliche Person (VF) der Fremdfirma.

2. Rahmenverträge zu festgelegten Leistungsumfängen

Für wiederholt auftretenden Bedarf an gleichartigen Leistungen können Rahmenverträge mit Fremdfirmen abgeschlossen werden. Liegt so ein Vertrag vor, können Fremdfirmen zur Leistungserbringung mit einem LWF beauftragt werden.

Die Beauftragung von Leistungen über Rahmenvertrag erfolgt grundsätzlich über LWF-Stammauftrag. Die Beauftragung von Fremdfirmen mit LWF "Unterauftrag" ist nicht zulässig. Die Bearbeitung des LWF regelt das GBH, Teil 1, Kap. 1.3 "Instandhaltungsordnung" der Pkt. 8.1 und ist anzuwenden.

Für organisatorische Fragen benennt die EWN GmbH am Standort Lubmin/Rubenow ein/e Koordinator/in, aus der OE Technische Dienste. Er/sie ist Ansprechpartner/in für die auftragsverantwortliche Person (VF) der Fremdfirma.

- Anwendung "Anlage zur Abrechnung Leitwegformular" (FMBL 0062 P1K)
- Anwendung "Abruf von Leistungen" (FMBL 0215 KE)

Die Anwendung der Leistungsabrechnung ist vertraglich geregelt.

3. Sonstige Verträge wie z. B. Lieferverträge und Leasingverträge

- Anwendung "Abruf von Material" (FMBL 0216 KE)

6.2 Auftragsdurchführung/Projektabwicklung

Alle wesentlichen Festlegungen zur Auftragsdurchführung werden im jeweiligen Vertrag geregelt.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Vor Auftragsführung ist durch den AN eine Gefährdungsbeurteilung zu erstellen. Hierfür sind die Formblätter anzuwenden:

- "Gefährdungsbeurteilung und festgelegte Schutzmaßnahmen nach ArbSchG § 5" (FMBL 0421 P1UO)
- "Gefährdungsbeurteilung nach festgelegten Schutzmaßnahmen nach BetrSichV § 3" (FMBL 0422 P1UO)
- "Ergänzende Gefährdungsbeurteilung Bau-/Montagestelle" (FMBL 0424 P1UO)

Beachte:
Das Personal ist über die Gefährdungsbeurteilungen schriftlich zu unterweisen.

Grundsätzlich dürfen Instandhaltungsarbeiten in technologischen Anlagen nur unter Ausstellung eines LWF ausgeführt werden. Das Formblatt "Leitwegformular" (FMBL 0459 P1TG) ist zu verwenden.

In der Ausfüllvorschrift – LWF (FMBL 0459A), ist der Pkt. "Beauftragung von Fremdfirmen" zu beachten.

Die Arbeitsfreigabe der Arbeiten durch die/den Betriebszuständige/n erfolgt unter der Bedingung, dass die geltenden Arbeitssicherheitsmaßnahmen eingehalten werden.

Für alle Instandhaltungs- und Änderungsarbeiten, bei denen eine Gefährdung von Personen und/oder eine Beeinträchtigung des Betriebszustandes der Anlagen zu erwarten ist, sind je nach Art der Gefährdung Sicherheitsmaßnahmen (SIM) erforderlich und entsprechend nachfolgend aufgelisteter SIM-Scheine festzulegen.

Anzuwendende SIM-Scheine:

- SIM-Schein "Dosimetrische Freimeldung" FMBL 0447 P1K
- SIM-Schein "Erdarbeiten" FMBL 0449 P1K
- SIM-Schein "Elektrotechnik Freigabe" FMBL 0450 P1K
- SIM-Schein "Arbeiten in Verkehrsbereichen" FMBL 0451 P1K
- SIM-Schein "Arbeiten im Gleisbereich" FMBL 0452 P1K

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

- SIM-Schein "Arbeiten in Behältern und engen Räumen" FMBL 0453 P1K
- SIM-Schein "Heißarbeitserlaubnis" FMBL 0454 P1K
- SIM-Schein "Stemm-, Schieß-, Bohrarbeiten in und an Gebäuden" FMBL 0455 P1K
- SIM-Schein "Technologische Freischaltung" FMBL 0456 P1K
- SIM-Schein "Leittechnik" FMBL 0457 P1K

Tätigkeiten im Kontrollbereich und an den Systemen im Überwachungsbereich, die in die radiologischen Kategorien 2 (Verdacht auf Kontamination) und 3 (kontaminiert) eingestuft sind, bedürfen vor Arbeitsaufnahme einer zusätzlichen Arbeitsfreigabe durch die OE Strahlenschutz. Die OE Strahlenschutz legt bei der Abwicklung der Instandhaltungs- bzw. Änderungsarbeiten die erforderlichen Strahlenschutzmittel fest:

- Arbeiten nach Strahlenschutzanweisungen (SSAW)
- Arbeiten mit SIM-Schein "Dosimetrische Freimeldung" (DFM)

SIM-Scheine sind nur zusammen mit einem LWF gültig und besitzen eine Ausfüllvorschrift.

7 Verantwortlichkeiten bei der Auftragsdurchführung

7.1 Auftragsverantwortliche Person der Fremdfirmen

Der AN benennt für die Auftragsabwicklung eine verantwortliche Person (VF), die mit den notwendigen Befugnissen und Vollmachten ausgestattet ist, um alle bei der Konstruktion, Produktion und der Montage erforderlichen Entscheidungen unverzüglich treffen zu können. Er/sie ist Ansprechpartner/in für den/die Koordinator/in der EWN GmbH.

7.2 Aufsichtsführende Person der Fremdfirmen vor Ort

Wird eine Arbeit von mehreren Personen gemeinsam durchgeführt, so muss eine zuverlässige, mit der Arbeit vertraute Person die Aufsicht vor Ort führen.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Die aufsichtsführende Person (AF) des AN ist eine von den Fremdfirmen benannte Person, die für die Einhaltung von Ordnung und Sicherheit auf der Baustelle verantwortlich ist. Sie besitzt Weisungsbefugnis gegenüber den Arbeitsdurchführenden des AN.

7.3 Koordinator/in der EWN GmbH

Für alle in Verbindung mit einem **Rahmenvertrag** über Bauleistungen tätig werdenden Fremdfirmen wird von der EWN GmbH ein/e Koordinator/in aus der OE Technische Dienste benannt, er/sie ist Ansprechpartner/in für alle organisatorischen Fragen für die VF der Fremdfirmen.

Der/die Koordinator/in der EWN GmbH weist die VF der Fremdfirmen in die betriebsspezifischen Regelungen der EWN GmbH ein und trifft, gegebenenfalls in Abstimmung mit der/dem für den Arbeitsbereich verantwortlichen Betriebszuständigen, die Festlegung, ob zusätzlich ein/e AvO der EWN gestellt wird.

Um mögliche Gefährdungen abzuwenden, besitzt er/sie Weisungsbefugnis gegenüber allen tätigen Personen des AN auf Baustellen der EWN GmbH.

Die Mitarbeiter der Fremdfirmen sind darüber zu unterrichten.

Für alle in Verbindung mit einem **Werkvertrag** tätig werdenden Fremdfirmen wird von der EWN GmbH eine koordinierende Person, i.d.R. ein/e Fachingenieur/in aus der system- und komponentenzuständigen OE benannt. Er/sie ist Ansprechpartner/in für alle technischen und organisatorischen Fragen der Fremdfirmen.

Der/die koordinierende Person der EWN GmbH weist die VF der Fremdfirmen in die betriebsspezifischen Regelungen der EWN GmbH ein.

Um mögliche Gefährdungen abzuwenden besitzt er/sie Weisungsbefugnis gegenüber allen tätigen Personen des AN auf Baustellen der EWN GmbH.

Die Mitarbeiter der Fremdfirmen sind darüber zu unterrichten.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Beachte:

Um mögliche Gefährdungen abzuwenden besitzt er/sie Weisungsbefugnis gegenüber allen tätigen Personen des AN auf Baustellen der EWN GmbH. Die Mitarbeiter der Fremdfirma sind darüber zu unterrichten.

8 Arbeitsorganisation

8.1 Allgemeines

Bei Vertragsabschluss wird vom AN sein Bedarf an Arbeitsplatzeinrichtungen angegeben.

Der Bedarf beinhaltet:

- Büro- und Umkleideräume (kalte Spinde)
- Telefonanschluss
- Montage- und Arbeitsplätze
- Werkzeug- und Hilfseinrichtungen
- Lagerplätze (einschließlich der im Kontrollbereich)
- Stromanschluss

8.2 Unterbringung/Verpflegung

Für die Unterbringung seines Personals hat der AN zu sorgen.

Übernachtungen sind auf dem gesamten Betriebsgelände der EWN GmbH verboten. Wohnbaracken, Wohnwagen und ähnliche Unterkünfte dürfen weder auf dem Betriebsgelände noch auf den angrenzenden Parkplätzen aufgestellt werden.

Das Personal des AN hat die Möglichkeit, auf eigene Kosten die Betriebskantine der EWN GmbH zu nutzen.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

8.3 Sauberkeit am Arbeitsplatz

Der AN ist für die Einhaltung von Ordnung und Sauberkeit am Arbeitsplatz verantwortlich. Die Freihaltung von Verkehrs- und Rettungswegen ist zu beachten. Er hat dafür zu sorgen, dass sein Personal den Arbeitsplatz bei Arbeitsende im aufgeräumten und sauberen Zustand verlässt. Die für die Entsorgung von Reststoffen vorgegebenen Behälter sind entsprechend ihrer Beschriftung zu benutzen.

8.4 Sicherung gegen Diebstahl und Verlust

Der AN ist verantwortlich für den Schutz seiner Lieferungen/Leistungen bzw. der für die Ausführung übergebenen Gegenstände und beigestellten Materialien oder Medien vor Beschädigung, Verlust und Diebstahl bis zur Abnahme bzw. Rückgabe.

8.5 Lagerung gefährlicher sowie leicht brennbarer Arbeitsstoffe

Die Bereitstellung von Schweißgasen bzw. Technischen Gasen hat durch den AN zu erfolgen. Druckgasflaschen und sonstige Gasbehälter sowie gasführende Leitungen sind vor mechanischen, chemischen und thermischen Einwirkungen zu schützen.

Gasbehälter oder deren Transportwagen usw. sind unverwechselbar und augenfällig so zu kennzeichnen, dass der/die Besitzerin der Gasbehälter jederzeit und zweifelsfrei vor Ort festgestellt werden kann.

Prüfzeugnisse laut Betriebssicherheitsverordnung sind in unmittelbarer Nähe der jeweiligen Anlage - zumindest in Kopie - vorzuhalten.

Eine Bündelung in Betrieb befindlicher Gasflaschen mit Schweißgasen, unabhängig von deren Inhalt und Füllstand, ist untersagt.

Betriebsanweisungen nach Gefahrstoffverordnung sind am Arbeitsplatz gut sichtbar anzubringen.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

8.6 Schweißen, Schneiden und verwandte Arbeitsverfahren

Alle Arbeiten mit Schweiß-, Schneid-, Löt- und Trennscheibengeräten sowie mit offenem Feuer unterliegen dem GBH, Teil 1, Kap. 1.7 "Brandschutzordnung" und müssen vor Arbeitsbeginn schriftlich vom Betriebszuständigen genehmigt werden. Das FMBL 0454 P1TG "Heißarbeitserlaubnisschein", der die Sicherheitsmaßnahmen vor Beginn, während und nach der Arbeit regelt, ist anzuwenden.

Rauchmelder sind im Kontroll- und Überwachungsbereich vor Arbeitsbeginn von der OE Leittechnik freischalten zu lassen und nach Beendigung der Arbeiten wieder zuschalten zu lassen. In den Blöcken 1 – 5 erfolgt die An- und Abmeldung über die/den SL I/Disp. (Tel. 8585). Im ZLN, ZAW/ZDW erfolgt die An- und Abmeldung durch berechtigte Personen, die in der BAW 12/2010 "Anmeldeberechtigte zur Freischaltung für Brandmeldelinien im ZLN und in der ZAW/ZDW sowie für Türen und Tore im ZLN" aufgeführt sind.

Mobile Brenngasversorgungsanlagen sind am Arbeitsplatz (enge Räume und sonstige gefährliche Arbeitsstellen ausgenommen) oder in dessen Nähe, möglichst im Blickfeld des Personals, gut zugänglich aufzustellen. Die Verwendung von Kaltvergasern, großvolumigen Flüssigkeitsbehältern, Flaschenbatterien u. ä. bedarf der Genehmigung durch die EWN GmbH.

Acetylen-Brenngasversorgungsanlagen sind mit Flammrückschlagsicherungen, welche jährlich auszutauschen sind, auszurüsten.

Brenngasversorgungsleitungen sind bei Arbeiten in engen Räumen und an entsprechend gefährlichen Arbeitsstellen mit selbsttätig wirkenden Bruchsicherungen zu versehen.

Bei Elektroschweißarbeiten ist streng darauf zu achten, dass das Massekabel nur direkt an das zu schweißende Objekt, niemals an beliebige Bauteile, angeschlossen werden.

Bei Schweißarbeiten in engen Räumen aus elektrisch leitfähigen Wandungen dürfen grundsätzlich nur Schweißgeräte eingesetzt werden, die das Symbol [S] oder die bisherigen Symbole (42 V) bei Wechselstromquellen und [K] bei Gleichstromquellen tragen.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Eine Gefährdung Dritter, der Anlage oder sonstiger Einrichtungen durch Funkenflug, Schweißperlen etc. ist durch die schweißausführende Person sicher auszuschließen. Die Schweißeinrichtungen sind nach Arbeitsende bzw. in den Arbeitspausen abzuschalten.

Durchführung von Durchstrahlungsprüfungen:

Für die Durchführung von Durchstrahlungsprüfungen ist der AN zuständig. Vor Beginn der Durchstrahlungsprüfungen ist die OE Strahlenschutz zu informieren. Die Strahlenschutzmaßnahmen sind abzustimmen. Die Prüfergebnisse und deren Bewertung sind der EWN GmbH im Rahmen der Dokumentation zu übergeben.

8.7 Gerüstbau

Werden Gerüstbauarbeiten über eine Fremdfirma mit Rahmenvertrag realisiert, erfolgt die Beauftragung über Leitwegformular (LWF), FMBL 0459 P1TG. Als Anlage zum LWF wird das Formblatt, FMBL 0107 P1KT "Anlage zum Leitwegformular(Gerüstauftrag)", der die technischen Angaben zum Gerüstbau vorgibt, dem AN übergeben. Fertig gestellte Gerüste werden mit Prüfprotokollen, FMBL 0410 P1KT "Prüfprotokoll für Arbeits- und Schutzgerüste", oder das "Prüfprotokoll für fahrbare Arbeitsbühnen/fahrbare Gerüste“ FMBL 0506 P1KT, welche vom Gerüstersteller auszustellen sind, bei der Gerüstübergabe an den Gerüstnutzer übergeben.

9 Brandschutz/Arbeitsschutz/Arbeitssicherheit

9.1 Allgemeine Arbeitsschutzregelungen

Bei allen Arbeiten sind, die den Arbeitsschutz betreffenden Gesetze und Verordnungen, die Unfallverhütungsvorschriften der DGUV und die anerkannten Regeln der Technik zu beachten und anzuwenden.

Vor Beginn der Arbeiten sind durch den AN Gefährdungsbeurteilungen zu erstellen und dem/der Koordinator/in der EWN GmbH vorzulegen.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Der AN ist für die Veranlassung und Durchführung der Arbeitssicherheitsmaßnahmen in seinem Arbeitsbereich verantwortlich. Für die durchzuführenden Arbeiten sind ausschließlich nachweislich geprüfte Arbeitsmittel einzusetzen.

Verstößt oder missachtet der AN Vorschriften, so kann der/die Koordinator/in der EWN GmbH die sofortige Einstellung der Arbeiten veranlassen.

Zur Vermeidung einer möglichen gegenseitigen Gefährdung bei parallelen Arbeiten mehrerer Firmen übernimmt ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator (SiGeKo) die Koordinierung und Schnittstellenabstimmung und unterstützt damit den/die Koordinator/in der EWN GmbH.

Diese Regelung entbindet den AN nicht von seiner Aufsichtspflicht noch von seinen Verpflichtungen zur Einhaltung und Gewährleistung des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit.

9.2 Arbeitsschutzkleidung und persönliche Schutzausrüstung

Zu sämtlichen Arbeiten hat der AN, die für sein Personal notwendigen und nachweislich geprüften (insofern eine Prüfpflicht besteht) persönlichen Schutzausrüstungen (PSA) und Arbeitsschutzkleidungen selbst bereitzustellen. Das gilt nicht für die PSA und Arbeitsschutzkleidung im Kontrollbereich. Der AN hat dafür zu sorgen, dass sein Personal die PSA und Arbeitsschutzkleidung trägt und sachgerecht benutzt.

Das Tragen von PSA ist in Anlagen und auf Baustellen, die mit entsprechenden Gebotszeichen ausgewiesen sind, zwingend erforderlich.

Atemschutzmittel werden von der EWN GmbH nur bereitgestellt, wenn der Nachweis der Atemschutztauglichkeit vorgelegt wird.

In allen technologischen Anlagen, Werkstätten, Lägern und auf Bau-, Demontage- und Montagestellen sowie unbefestigtem Gelände besteht die Pflicht zum Tragen von S 3 Sicherheitsschuhen. In allen technologischen Anlagen, im Kontrollbereich und auf Baustellen der EWN GmbH besteht zusätzlich die Pflicht zum Tragen von Industrieschutzhelmen.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Auf Baustellen wird das Tragen von Warnwesten vorgeschrieben.

Zum Schutz vor äußeren Einflüssen, wie z. B. Lichtbögen, Lärm oder anderen Einflüssen ist an ausgewiesenen Stellen die passende Schutzausrüstung zu tragen.

9.3 Erste Hilfe

Grundforderungen zur Anwendung regelt das GBH, Teil 1, Kap. 1.8 "Erste-Hilfe-Ordnung" und ist anzuwenden.

Jede Person, die zuerst am Notfallort ist oder eintrifft, ist verpflichtet, unter Beachtung des Eigenschutzes und entsprechend ihrer Möglichkeiten Hilfe zu leisten.

Dazu gehört unter anderem:

– die Meldung an die/den Diensthabende/n der Werkfeuerwehr

	Telefonnummer
Werkfeuerwehr (Festnetz)	112
Werkfeuerwehr (über Handy)	038354 4 112

– Meldung an den Schichtleiter/Dispatcher/die Schichtleiterin/Dispatcherin

	Telefonnummer
Festnetz	8585 oder 5555
Handy	038354 4 8585/5555

Bei leichten Verletzungen sind vorhandene Verbandskästen zu benutzen. Verbandskästen befinden sich in allen Gebäuden an ausgewiesenen Standorten. Bestandteil des Verbandkastens sind Meldeblätter. Das Meldeblatt ist auszufüllen und der Betriebskrankenschwester OE Personalbetreuung und –entwicklung zu übergeben.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Unabhängig davon ist der AN verpflichtet:

- in ausreichender Zahl eigenes Personal als Ersthelfer/innen auszubilden
- in Büros, Werkstätten und Montagehallen Erste-Hilfe-Einrichtungen vorzuhalten
- bei leichten Verletzungen den Transport und die Begleitung des Verunfallten sicherzustellen

9.4 Unfallmeldungen

Nach der Erstversorgung durch Ersthelfer/innen oder den betriebsärztlichen Dienst sind alle Arbeitsunfälle dem/der Koordinator/in der EWN GmbH, gegeben falls dem SiGeKo, zu melden. Unfälle werden während der normalen Arbeitszeit vom Betriebsärztlichen Dienst/von der Betriebskrankenschwester und außerhalb der normalen Arbeitszeit von den Rettungssanitätern/Rettungssanitäterinnen über die Unfallsofortmeldung mittels Formblatt "Unfallsofortmeldung" (FMBL 0416 P1UO) erfasst. Der/die Koordinator/in der EWN GmbH ist für den anschließenden Informationsfluss (Verteiler gemäß FMBL 0416) verantwortlich.

Die Unfallmeldung nach § 193 SGB VII hat durch den AN zu erfolgen.

Bei Unfällen oder Verletzungen im Kontrollbereich ist zusätzlich die OE Strahlenschutz zur Durchführung entsprechender radiologischer Messungen heranzuziehen.

9.5 Rauchverbote, Verbot für den Umgang mit offenem Feuer und offenem Licht

Der Umgang mit Feuer und offenem Licht ist grundsätzlich verboten. Es gilt ein generelles Rauchverbot in allen EWN-Dienstfahrzeugen und EWN-Gebäuden. Rauchen ist im Freien unter Beachtung der Waldbrandgefahrenstufe (Rauchverbot bei Stufe 4 und 5) und in speziell gekennzeichneten Zonen (entsprechend Anlage 1 der GBV 01/2015) möglich.

9.6 Verbot von Suchtmitteln sowie Maßnahmen der Suchtprävention (GBV 1/2019)

Generell gilt, dass Beschäftigte infolge des Genusses von berauschenden Suchtmitteln nicht mehr mit der Erfüllung ihrer arbeitsvertraglichen Pflichten beschäftigt werden dürfen. Diese Beschäftigten stellen potentiell eine Gefahr für ihre eigene Sicherheit und Gesundheit sowie für die anderer Beschäftigter dar.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Arbeiten unter Einfluss von Alkohol vor und während der Arbeitszeit ist verboten und dementsprechend müssen 0,00 ‰ eingehalten werden. Drogen, sowie die missbräuchliche Einnahme von Medikamenten auf dem Betriebsgelände sind verboten und stellen eine Verletzung der Arbeitspflichten dar. (siehe auch GBV 1/2019 "Verbot von Suchtmitteln sowie Maßnahmen zur Suchtprävention")

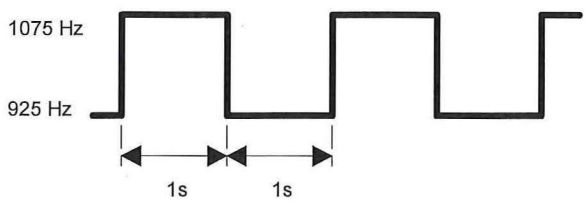
9.7 Brandschutz

Grundforderungen zum vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz regelt das GBH, Teil 1, Kap. 1.7 "Brandschutzordnung" und ist anzuwenden.

9.7.1 Alarmsignalisierung

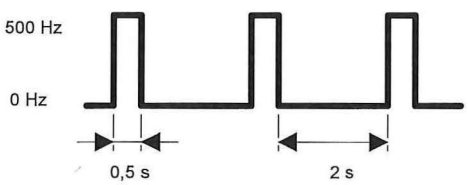
Die Auslösung von Alarmen, das Absetzen einer Brandmeldung, sowie Maßnahmen zur Personenwarnung und–rettung regelt das GBH, Teil 1, Kap. 1.6 "Alarmordnung" und ist anzuwenden.

9.7.2 Übersicht der Alarmsignale gemäß Alarmordnung



Feueralarm

- Ansage "Achtung Feueralarm Gebäude ..."
- 1 min Frequenzwechsel
- Wiederholung der Ansage "Feueralarm Gebäude ..."

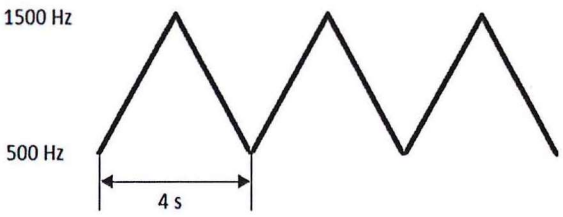


Räumungsalarm

- Ansage "Achtung Räumungsalarm Gebäude ..."
- 1 min Kurztonfolge
- Wiederholung der Ansage "Achtung Räumungsalarm Gebäude ..."

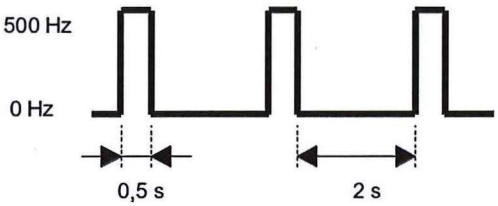
Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals



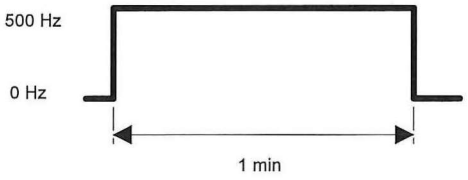
Umgebungsalarm

- Ansage "Achtung Umgebungsalarm"
- 1 min Frequenzwechsel
- Wiederholung der Ansage "Umgebungsalarm"



Alarm der externen Abluftanlage

Mittels Signaleinrichtungen der externen Abluftanlage ist keine Unterteilung von Feuer- bzw. Räumungsalarm möglich. Es wird nur das Signal Räumungsalarm erzeugt, zusätzlich wird ein optisches Signal (Blitzleuchte) gegeben. Die automatische Abschaltung erfolgt nach 20 min.



Entwarnung

- 1 min Dauerton mit Sprechdurchsage "Alarm beendet"

9.7.3 Verhalten bei Auslösung von betrieblichen Alarmen

Bei Wahrnehmung von länger andauernden Lautsprechertönen, ggf. Lautsprecherdurchsagen ist wie folgt zu verfahren:

Alle Personen, die nicht für Aufgaben im Zusammenhang mit den Alarmen eingesetzt sind, haben unverzüglich den Gefahrenbereich auf kürzestem Wege zu verlassen.

Das Verlassen des Kontrollbereiches erfolgt im Regelfall über die Personenschleuse.

Wenn ein Verlassen des Kontrollbereiches über die Personenschleuse nicht möglich ist, z. B. bei unmittelbar drohender Gefahr, d. h. zur Rettung von Menschenleben bzw. zur Abwendung gesundheitlicher Schäden,

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

sind die gekennzeichneten Fluchtwege, Fluchttüren und Fluchtfenster zu benutzen. Dabei sind nach dem Verlassen die Fluchttüren und -fenster zu schließen.

Der Kontrollbereichseingang/Personenschleuse ist aufzusuchen, um die Kontaminationskontrolle, sowie den Kleidungswechsel durchführen zu können. Die weitere Verfahrensweise wird vom Strahlenschutzpersonal vorgegeben.

10 Umwelt-/Gewässerschutz

10.1 Abfall-/Reststoffentsorgung

Die Abfall-/Reststoffentsorgung auf dem Betriebsgelände der EWN GmbH am Standort Lubmin/Rubenow obliegt der EWN GmbH.

Der AN ist ohne Genehmigung der EWN GmbH nicht berechtigt, Abfälle, Schrott oder ausgebaute Teile vom Betriebsgelände abzutransportieren.

Entstandene Reststoffe sowie ihre Zwischenlagerung sind mit dem/der Koordinator/in der EWN GmbH abzustimmen, diese/r leitet weitere Schritte nach BAW 24/95 „Verfahren zur Beseitigung der Kontaminationsfreiheit von Reststoffen, Gebäuden und Systemen, die der Kategorie 1 (kontaminationsfrei) zugeordnet werden“ bzw. BAW 25/95 „Verfahrensablauf der radiologischen Freimessung von kontaminierten/aktiven bzw. in Verdacht eingestuften Stoffen“ zur Entsorgung ein.

Die vom AN erzeugten Reststoffe aus dem Überwachungsbereich werden vom AN in die von der EWN GmbH zugewiesenen Absetzmulden, Vollwandboxen oder sonstige Behälter gelagert. Eine sortenreine Trennung der Reststoffe ist durch den AN zu realisieren. Muss später aufgrund von Abfallvermischung aussortiert werden, übernimmt der AN die daraus entstehenden Kosten. Die Bereitstellung der Absetzmulden wird von dem/der Koordinator/in der EWN GmbH organisiert. Das unkontrollierte Verbringen von Abfällen in den/aus dem Überwachungsbereich ist verboten.

Die im Kontrollbereich anfallenden Reststoffe werden in Reststoffbehälter an ausgewiesenen Sammelstellen erfasst.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

10.2 Hausmüll/Papier und Pappe

Hausmüll umfasst die auf dem Betriebsgelände der EWN GmbH anfallenden Abfallstoffe, soweit diese zur Unterbringung in einer Hausmülldeponie geeignet sind. Dieser Müll wird in 7 m³ großen abschließbaren Absetzmulden gesammelt.

Papier und Pappe werden getrennt gesammelt. Gekennzeichnete und abschließbare Absetzmulden stehen dafür bereit und sind zwingend zu verwenden.

Standorte für Mulden sind:

- Inaktive Hauptwerkstatt (Shedhalle, Straße 26/29)
- Gemeinsames Spezialgebäude (GSG)
- Zentrale Dokumentation (Straße 8)
- Verwaltungsgebäude I (VWG I) Erweiterungsbau
- Verwaltungsgebäude II (VWG II)
- Funktions- und Verwaltungsgebäude (F. u. S. Gebäude) (Straße 3)
- Blockgebundenes Betriebsgebäude (BGB)
- Zentrale aktive Werkstatt (ZAW)
- ZLN Büro und Dienstgebäude (Weststraße)

Toxische, ätzende, infektiöse, leichtentzündbare, explosive, radioaktive, wasser- oder umweltgefährdende Stoffe, die eine Gefährdung des Allgemeinwohls bedeuten, sind von der Hausmüllentsorgung ausgeschlossen.

10.3 Bauschutt/Erdaushub

Bauschutt, Erdaushub und Straßenaufbruch enthalten mineralische Stoffe. Diese sind entsprechend dem Verwertungsgebot getrennt zu sammeln und der Wiederverwertung zuzuführen. Es darf kein Erdaushub

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

ohne radiologische Bewertung (BAW 24/95) vom Gelände der EWN GmbH verbracht werden. Die Beantragung auf Bestätigung der Kontaminationsfreiheit erfolgt durch den/die Koordinator/in der EWN GmbH.

Dachverunreinigungen oder Baumischabfälle, wie Holz, Metall, Kunststoff, Farb-, Klebe-, Dichtungs- und Schutzanstrichmittel, Verpackungsmaterial sowie Bauhilfsstoffe, sind gesondert zu erfassen.

Die Aufbewahrung erfolgt, eingetütet in Foliensäcken, in Vollwandboxen oder Absetzmulden. Die Bereitstellung der Vollwandboxen/Mulden werden von dem/der Koordinator/in der EWN GmbH veranlasst und organisiert.

10.4 Gewässerschutz

Materialien und Stoffe, wie z.B. Farb-, Öl-, Fett-, Treibstoffe und Kaltentfetter, die geeignet sind, den Boden oder das Wasser zu verunreinigen oder in sonstiger Weise nachteilig zu verändern, dürfen nicht in Kanäle oder Abwasseranlagen eingeleitet, in sonstiger Weise abgeleitet oder in den Boden eingebracht werden.

Verunreinigungen sind sofort dem/der Koordinator/in der EWN GmbH zu melden. Diese/r veranlasst auf Kosten des AN zusammen mit der Werkfeuerwehr die weiteren Maßnahmen zur Beseitigung und Entsorgung.

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

11 Anlagenverzeichnis

Anlage 1 Anzuwendende Formblätter

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Anlage 1 Anzuwendende Formblätter

Alle Formblätter besitzen eine Ausfüllvorschrift

Titel des Formblattes (FMBL)	Bezeichnung des Formblattes
FMBL 0044 P1UO	Antrag auf Zutrittsberechtigung ZLN
FMBL 0062 P1K	Anlage zur Abrechnung "Leitwegformular"
FMBL 0106 P1UO	Antrag auf Einfahrberechtigung für Betriebsgelände der EWN GmbH
FMBL 0107 P1KT	Anlage zum Leitwegformular (Gerüstauftrag)
~~FMBL 0151 P1KT~~	~~Leistungsnachweis zum Rahmenvertrag~~
FMBL 0157 P1US	Antrag für das Einbringen von beweglichen Gegenständen in den Kontrollbereich
FMBL 0158 P1US	Kontrollzettel für Ein- und Ausgangsmessungen für das Ein- und Herausbringen von beweglichen Gegenständen in bzw. aus dem Kontrollbereich
FMBL 0163 P1US	Bescheinigung für das Herausbringen von Materialien bzw. Anlagen oder Teilen
FMBL 0215 KE	Abruf von Leistungen
FMBL 0216 KE	Abruf von Material
FMBL 0244 P1UO	Antrag auf Zutrittsberechtigung KGR
FMBL 0283 P1UO	Antrag auf Zutrittsberechtigung Besucherroute Block 6
FMBL 0333 P1US	Antrag an den Strahlenschutz zur Bestätigung der Kontaminationsfreiheit entsprechend BAW 24/95
FMBL 0334 P1US	Bestätigung der Kontaminationsfreiheit entsprechend BAW 24/95
FMBL 0410 P1KT	Prüfprotokoll für Arbeits- und Schutzgerüste
FMBL 0416 P1UO	Unfallsofortmeldung
FMBL 0421 P1UO	Gefährdungsbeurteilung und festgelegte Schutzmaßnahmen nach ArbSchG § 5"
FMBL 0422 P1UO	Gefährdungsbeurteilung und festgelegte Schutzmaßnahmen nach BetrSichV § 3
FMBL 0424 P1UO	Ergänzende Gefährdungsbeurteilung Bau-/Montagestelle
FMBL 0435 P1K	SIM-Schein "Arbeitsschutzmaßnahmen"

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

Dieses Dokument ist eine elektronische Kopie des in Kraft gesetzten Originals

Titel des Formblattes (FMBL)	Bezeichnung des Formblattes
FMBL 0447 P1K	SIM-Schein "Dosimetrische Freimeldung"
FMBL 0449 P1K	SIM-Schein "Erdarbeiten"
FMBL 0450 P1K	SIM-Schein "Elektrotechnik ELT Freigabe"
FMBL 0451 P1K	SIM-Schein "Arbeiten in Verkehrsbereichen"
FMBL 0452 P1K	SIM-Schein "Arbeiten im Gleisbereich"
FMBL 0453 P1K	SIM-Schein "Arbeiten in Behältern und engen Räumen"
FMBL 0454 P1TG	SIM-Schein "Heißarbeitserlaubnis"
FMBL 0455 P1K	SIM-Schein "Stemm-, Schieß-, Bohrarbeiten in und an Gebäuden"
FMBL 0456 P1K	SIM-Schein "Technologische Freischaltung"
FMBL 0457 P1K	SIM-Schein "Leittechnik"
FMBL 0459 P1TG	Leitwegformular
FMBL 0459A	Ausfüllvorschrift
FMBL 0506 P1KT	Prüfprotokoll für fahrbare Arbeitsbühnen/fahrbare Gerüste
FMBL 0539 P1UO	Materialpassierschein KGR/ZLN
FMBL 0628 P1US	Bescheinigung für das Herausbringen von Materialien bzw. Anlagen oder Teilen (Überwachungsbereich)

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Designeintragung vorbehalten.

KRITERIENKATALOG
Teilnahmewettbewerb

Verfahren: 2026001432042 - Ersatz sowie Wartung der Abluftanlage der Zerlegekabine der ZAW

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Nichtvorliegen von Ausschlussgründen [Mussangabe]

Angabe, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen

Ab einer Auftragssumme von 50.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, eine Abfrage über das Wettbewerbsregister gem. § 6 Abs. 1 WRegG durchführen.

Ich/ Wir erklären, dass

[ ] für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 oder 124 GWB vorliegen
[ ] ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Wettbewerbsregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind
[ ] für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 124 GWB vorliegt
[ ] zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 123 GWB vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde
[ ] zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 124 GWB vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde

Mehrere Antworten wählbar

2 Eigenerklärung Sanktionen EU [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1.
Der / die Bewerber / Bieter gehört / gehören nicht zu den
in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,

c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2.
Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3.
Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

3 Registereintragungen [Mussangabe]

Angaben zu Registereintragungen

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung den jeweils zutreffenden Nachweis vorlegen:
Handelsregisterauszug, Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw.
bei der Industrie- und Handelskammer oder Gewerbeanmeldung.

Ich bin/Wir sind:

[ ] im Handelsregister eingetragen.
[ ] für die auszuführenden Leistungen in die Handwerksrolle eingetragen.
[ ] bei der Industrie- und Handelskammer eingetragen.
[ ] zu keiner Eintragung in die genannten Register verpflichtet.

Mehrere Antworten wählbar

4 Unterlagensprache Deutsch [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Bieter bestätigt, dass alle eingereichten Unterlagen beispielsweise Eigenerklärungen, Datenblätter und Nachweise zur Prüfung der Eignung in deutscher Sprache sind. Unterlagen, Eigenerklärungen, Datenblätter und Nachweise in anderen Sprachen können nicht bewertet werden.

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

5 Eigenerklärung Berufs-/ Betriebshaftpflicht [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/Wir erkläre(n), dass wir eine Haftpflichtversicherung mit den Mindestdeckungssummen Sachschäden 1,0 Millionen Euro und für Personenschäden 1,5 Millionen Euro je Versicherungsfall bei zweifacher Maximierung p. a. bereits abgeschlossen haben. Wir verpflichten uns, spätestens zum Leistungsbeginn eine gültige Bescheinigung über die Versicherung vorzulegen.

Für den Fall, dass die Haftpflichtversicherung nicht vorliegt, verpflichten wir uns, spätestens zum Leistungsbeginn eine Haftpflichtversicherung mit den o.g. Mindestdeckungssummen abzuschließen und eine entsprechende Bescheinigung vorzulegen. Die Haftpflichtversicherung muss über den gesamten Leistungszeitraum gültig bleiben.

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

6 Referenzen

Ausschlusskriterium

Bitte fügen Sie dem Teilnahmeantrag eine detaillierte Referenzliste bei.

Bitte machen Sie zu jeder Referenz folgende Angaben:
- Auftragsgegenstand und Kurzbeschreibung des Leistungsumfangs
- Angaben zum Auftraggeber (auf Verlangen: Ansprechpartner des Auftraggebers mit E-Mail-Adresse und Telefonnummer)
- Leistungszeitraum (von MM/JJJJ bis MM/JJJJ)

ACHTUNG: Aus den Angaben muss die Erfüllung der untenstehenden Mindestanforderungen eindeutig hervorgehen, anderenfalls wird die Referenz nicht berücksichtigt.

Mindestanforderungen:
a) Es müssen mindestens 3 Referenzen über Auslegung, Beschaffung, Installation und Inbetriebnahme einer stationären Abluftanlage in einer kerntechnischen Anlage eingereicht werden. Als Referenzen werden Unternehmen/Einrichtungen verstanden, bei denen die Anlagen im Einsatz sind.
b) Die 3 vorgenannten Referenzen müssen aus den letzten 5 Jahren sein (d.h. Abnahme beim Auftraggeber nicht vor Oktober 2021)
c) Jede Referenz muss abgeschlossen sein. Die Referenz gilt als abgeschlossen, wenn die Abnahme erfolgt ist.

Dieses Feld wird durch die Vergabestelle auf der Grundlage der eingereichten Unterlagen ausgefüllt!

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

7 Zuverlässigkeitsüberprüftes Personal nach §12b AtG [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Mir/Uns ist bekannt, dass das beim Auftraggeber eingesetzte Personal gemäß § 12b Atomgesetz (AtG) zuverlässigkeitsüberprüft sein muss.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde(n) ich/wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung das zur Leistungserbringung vorgesehene Personal vor Leistungsbeginn benennen.

Für den Fall des Nichtvorliegens der v. g. Zuverlässigkeitsüberprüfung nach §12b Atomgesetz (AtG) für das einzusetzende Personal bestätigt der Bieter:
-dass die Antragstellung für das beim Auftraggeber einzusetzende Personal unmittelbar nach Zuschlagserteilung erfolgen wird und
-dass spätestens 2 Wochen nach Zuschlagserteilung der Nachweis über die erfolgten Beantragungen dem Auftraggeber vorgelegt wird und
-dass parallel zu den Antragsverfahren unverzüglich nach Zuschlagserteilung mit der Umsetzung des vereinbarten Liefer- und Leistungsumfangs begonnen wird (insofern vom AG freigegeben), so dass für den Auftraggeber keine Verzögerungen entstehen.

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

8 Genehmigung nach § 25 StrlSchG [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Voraussetzung für das Ausführen von Arbeiten und Tätigkeiten beim Auftraggeber ist die Vorlage einer Genehmigung zur Tätigkeit in fremden Anlagen nach § 25 Strahlenschutzgesetz. Diese Genehmigung ist firmenbezogen und deshalb jeweils gesondert durch alle Firmen (Auftragnehmer und Unterauftragnehmer), deren Personal beim Auftraggeber zum Einsatz kommt, nachzuweisen.

Der Bieter bestätigt, dass er für sein Unternehmen und/oder seine betroffenen Unterauftragnehmer, insofern die v. g. Genehmigung nach § 25 StrlSchG bereits jeweils vorliegt, im Auftragsfall die entsprechenden Nachweise vor Zuschlagserteilung übergeben werden.

Für den Fall des Nichtvorliegens der v. g. Genehmigung nach § 25 StrlSchG bestätigt der Bieter:
- dass er für alle Firmen (Bieter und/oder gegebenenfalls dessen Unterauftragnehmer), deren Personal beim Auftraggeber zum Einsatz kommt, spätestens 2 Wochen nach Zuschlagserteilung die Genehmigung zur Tätigkeit in fremden Anlagen nach § 25 Strahlenschutzgesetz (StrlSchG) mit allen notwendigen/vollständigen Unterlagen und Voraussetzungen beantragen und die Nachweise über die erfolgten Beantragungen dem AG übergeben wird und
- dass parallel zu den Antragsverfahren bzw. den dazu notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen unverzüglich nach Zuschlagserteilung mit der Umsetzung des vereinbarten Liefer- und Leistungsumfangs begonnen wird (insofern vom AG freigegeben), so dass für die EWN keine Verzögerungen entstehen.

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

9 Zertifizierung nach KTA 1401 [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/wir bin/sind gültig zertifiziert nach KTA 1401.

Der Bieter hat mit seinem Teilnahmeantrag zur Bestätigung seiner Erklärung ein zeitlich gültiges Zertifikat vorzulegen.

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

10 Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001 [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/wir sowie meine/unsere gegebenenfalls vorgesehenen Unterauftragnehmer bin/sind gültig zertifiziert nach DIN EN ISO 9001.

Der Bieter hat mit seinem Teilnahmeantrag zur Bestätigung seiner Erklärung ein zeitlich gültiges Zertifikat vorzulegen.

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

11 Nachunternehmerleistungen [Mussangabe]

Ist der Einsatz von Nachunternehmern zur Durchführung der vorgesehenen Leistung vorgesehen?

Wenn zutreffend: Bitte fügen Sei eine Liste mit allen vorgesehenen Nachunternehmern (NU) und deren Leistungen bei.

Bei Einsatz von Nachunternehmern zur Eignungsleihe gemäß §47 VgV hat der Bieter dem Teilnahmeantrag die Verpflichtungserklärung über die
Bereitstellung der für den Auftrag erforderlichen Mittel beizufügen.

Nach Zuschlagserteilung ist eine Abweichung von den vorgelegten NU nur zulässig, sofern der Auftraggeber hierzu vorher ausdrücklich
schriftlich zugestimmt hat.

[ ] *Keine Angabe* (0)
[ ] Ja (0)
[ ] Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

12 Arbeitsschutzmanagementsystem

Gewichtung: 0,00%

12.1 Hinweis Arbeitsschutzmanagementsystem

Die EWN GmbH ist zertifiziert nach DIN EN ISO 45001.
Ziel dieses Arbeitsschutzmanagementsystems ist die ständige Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes durch Prävention von Unfällen und Berufskrankheiten.
Um die Umsetzung des Arbeitsschutzmanagementsystems (nachfolgend AMS) bei der EWN GmbH sicherzustellen, ist es erforderlich, dass Lieferanten und Unterauftragnehmer im Rahmen der Norm die Nutzung des AMS im Betriebsalltag umsetzen.

Der Nachweis kann wie folgt erbracht werden:
1. Nachweis einer gültigen Zertifizierung nach DIN EN ISO 45001 oder SCC ODER
2. Nachweis eines extern bestätigten AMS (z.B. durch BG, Sigeko) ODER
3. Eigenerklärung, dass die Anforderungen an ein Arbeitsschutz-Managementsystem des AG erfüllt werden.

BITTE BEACHTEN SIE:
Wird der Nachweis über eine gültige Zertifizierung oder externe Bescheinigung mit Angebotsabgabe durch den Bieter vorgelegt, entfällt die Eigenerklärung über die nachfolgenden Eignungskriterien.

Bieter ohne Arbeitsschutzmanagementsystem werden ausgeschlossen.
Es muss einer der nachfolgenden Punkte erfüllt sein.

12.2 Zertifiziertes AMS [Mussangabe]

Ich/wir bin/sind gültig zertifiziert nach ISO 45001 oder SCC.

Der Bieter hat mit seinem Teilnahmeantrag zur Bestätigung seiner Erklärung ein zeitlich gültiges Zertifikat vorzulegen.

[ ] *Keine Angabe* (0)
[ ] Ja (0)
[ ] Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

12.3 Externe Bescheinigung [Mussangabe]

Ich/wir verfüge/n über eine Bescheinigung eines Externen über unser bestehendes AMS (z. Bsp. Berufsgenossenschaft oder Sicher- und Gesundheitskoordinator).

Der Bieter hat mit seinem Teilnahmeantrag zur Bestätigung seiner Erklärung einen gültigen Nachweis vorzulegen.

[ ] *Keine Angabe* (0)
[ ] Zertifiziertes AMS liegt vor (0)
[ ] ja (0)
[ ] nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

12.4 Eigenerklärung AMS [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n), dass sowohl unser Unternehmen als auch etwaige für diesen Auftrag von uns beauftragte Unterauftragnehmer die nachfolgenden Erklärungen zur Gewährleistung eines Managementsystem für Sicherheit- und Gesundheit bei der Arbeit (SGA) bestätigen:

SGA: Politik, Organisation und Engagement des Managements

Sowohl unser Unternehmen als auch etwaige für diesen Auftrag von uns beauftragte Unterauftragnehmer werden sicherheitstechnisch und arbeitsmedizinisch betreut.

Sowohl unser Unternehmen als auch etwaige für diesen Auftrag von uns beauftragte Unterauftragnehmer besitzen eine SGA-Organisation.

SGA-Gefährdungsermittlung
Sowohl unser Unternehmen als auch etwaige für diesen Auftrag von uns beauftragte Unterauftragnehmer führen eine Beurteilung der betriebsspezifischen Gefährdungen durch und dokumentieren diese aktuell.

SGA-Schulung, -Information und -Unterweisung

Sowohl die Beschäftigten unseres Unternehmens, die im Zuge der Auftragsabwicklung zum Einsatz kommen, als auch die im Zuge der Auftragsabwicklung zum Einsatz kommenden Beschäftigten des etwaige von uns beauftragten Unterauftragnehmers verfügen über eine entsprechende Qualifikation in Bezug auf die Arbeit, die sie ausführen sollen.

Sowohl die Beschäftigten unseres Unternehmens, die im Zuge der Auftragsabwicklung zum Einsatz kommen, als auch die im Zuge der Auftragsabwicklung zum Einsatz kommenden Beschäftigten des etwaige von uns beauftragten Unterauftragnehmers, die besonders gefährliche Arbeiten ausführen oder in besonders gefährlichen Arbeitsbereichen eingesetzt werden, verfügen über die hierfür erforderlichen speziellen Kenntnisse und Ausbildungsnachweise.

Sowohl unser Unternehmen als auch etwaige für diesen Auftrag von uns beauftragte Unterauftragnehmer führen SGA-Unterweisungen und eine entsprechende Wirksamkeitskontrolle durch.

Sowohl unser Unternehmen als auch etwaige für diesen Auftrag von uns beauftragte Unterauftragnehmer stellen auch mit fremdsprachigen Beschäftigten eine Verständigung sicher.

Sowohl unser Unternehmen als auch etwaige für diesen Auftrag von uns beauftragte Unterauftragnehmer verfügen über die notwendigen Betriebsanweisungen. Die Beschäftigten sind entsprechend unterwiesen.

SGA-Kommunikation

Sowohl unser Unternehmen als auch etwaige für diesen Auftrag von uns beauftragte Unterauftragnehmer führen SGA-Besprechungen durch.

SGA-Projektplan

Sowohl die Beschäftigten unseres Unternehmens, die im Zuge der Auftragsabwicklung zum Einsatz kommen, als auch etwaige für diesen Auftrag Beschäftigte des von uns beauftragten Unterauftragnehmers sind in die Inhalte des SGA-Projektplans eingewiesen.

Vorbereitung auf Notfallsituationen

Sowohl unser Unternehmen als auch etwaige für diesen Auftrag von uns beauftragte Unterauftragnehmer sind auf Notfälle vorbereitet.

Sowohl die Beschäftigten unseres Unternehmens, die im Zuge der Auftragsabwicklung zum Einsatz kommen, als auch etwaige für diesen Auftrag Beschäftigte des von uns beauftragten Unterauftragnehmers, denen Aufgaben bei Notfällen innerhalb des Unternehmens übertragen wurden, erhalten eine entsprechende Ausbildung.

Betriebsärztliche Betreuung

Sowohl unser Unternehmen als auch etwaige für diesen Auftrag von uns beauftragte Unterauftragnehmer legen auf Basis der Gefährdungsbeurteilung fest, für welche Tätigkeiten regelmäßige arbeitsmedizinische Untersuchungen notwendig sind.

Sowohl unser Unternehmen als auch etwaige für diesen Auftrag von uns beauftragte Unterauftragnehmer führen die speziellen arbeitsmedizinischen Vorsorge¬untersuchungen der Mitarbeitenden durch.

Beschaffung

Sowohl unser Unternehmen als auch etwaige für diesen Auftrag von uns beauftragte Unterauftragnehmer stellen sicher, dass die in diesem Auftrag zum Einsatz kommenden Maschinen, Geräte, Ausrüstungen und Arbeitsstoffe den Anforderungen des Arbeits- und Umweltschutzes genügen.

Sowohl unser Unternehmen als auch etwaige für diesen Auftrag von uns beauftragte Unterauftragnehmer prüfen die in diesem Auftrag zum Einsatz kommenden Maschinen, Geräte und Ausrüstungen regelmäßig.

Meldung, Registrierung und Untersuchung von Unfällen, Beinahe-Unfällen und unsicheren Situationen

Sowohl unser Unternehmen als auch etwaige für diesen Auftrag von uns beauftragte Unterauftragnehmer regeln die Meldung und Erfassung von Unfällen mit und ohne Arbeitsausfall.

Sowohl unser Unternehmen als auch etwaige für diesen Auftrag von uns beauftragte Unterauftragnehmer regeln die Untersuchung aller Unfälle mit und ohne Arbeitsausfall.

Sollten einzelne der o. g. Aussagen auf Sie/Ihr Unternehmen oder Nachunternehmer, die zu beauftragen sie beabsichtigen, nicht zutreffen, beschreiben Sie diese bitte nebst der Alternativlösungen, die Sie stattdessen umgesetzt haben, in Ihrem Angebot.

[ ] *Keine Angabe* (0)
[ ] Zertifiziertes AMS oder Externe Bescheinigung liegt vor (0)
[ ] ja (0)
[ ] nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

13 Angabe zur Eigenerklärung [Mussangabe]

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

[ ] *Keine Angabe* (0)
[ ] Ja (0)
[ ] Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Aufgabenstellung.pdf	15,03 MB	pdf
Dateianlage	Aufgabenstellung_Anlagen.pdf	1,26 MB	pdf
Dateianlage	U6.2 RL 01_Vorgaben zur Qualität von Einrichtungen.pdf	842,01 KB	pdf